

## DRINGLICHKEITSANTRÄGE

### 1) Änderung des österreichischen Privatschulgesetzes

GR. Mag. **Spath** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Spath**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! In meinem dringlichen Antrag geht es um die Änderung des österreichischen Privatschulgesetzes. In Österreich gilt das Grundrecht, dass Eltern die Erziehung ihrer Kinder entsprechend ihren eigenen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen sicherstellen dürfen.

Dieser Umstand bewirkt, dass private konfessionelle und nicht konfessionelle Schulerhalter den Staat beim Bildungsauftrag unterstützen, indem sie verschiedene Ausbildungen anbieten. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen dazu sind im Privatschulgesetz geregelt. Neben der Errichtung und Führung von Privatschulen, der Führung der gesetzlich geregelten Schulartbezeichnung, der Regelung des Öffentlichkeitsrechts und einiger elementarer Bestimmungen ist auch die Subventionierung von Privatschulen beschrieben.

Als Subvention sind den gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften für die konfessionellen Schulen jene Lehrerdienstposten zur Verfügung zu stellen, die zur Erfüllung des Lehrplanes der betreffenden Schule erforderlich sind. Soweit das Verhältnis zwischen der Zahl der Schüler und der Zahl der Lehrer der betreffenden konfessionellen Schule im Wesentlichen jenem an öffentlichen Schulen gleicher oder vergleichbarer Art und vergleichbarer örtlicher Lage entspricht, so im § 18 des Privatschulgesetzes.

Für nicht konfessionelle Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht kann der Bund nach Maßgabe der auf Grund des jeweiligen Bundesfinanzgesetzes zur Verfügung

stehenden Mittel Subventionen zum Personalaufwand gewähren, wenn die Schule einem Bedarf der Bevölkerung entspricht, mit der Führung der Schule nicht die Erzielung eines Gewinnes bezweckt wird, für die Aufnahme der Schüler nur die für öffentliche Schulen geltenden Aufnahmebedingungen maßgebend sind und die Schülerzahl in den einzelnen Klassen nicht unter der an öffentlichen Schulen gleicher Art und gleicher örtlicher Lage üblichen Klassenschülerzahlen liegt.

Da nicht konfessionelle Privatschulen auch einen wesentlichen Beitrag zur Vielfalt und zum Funktionieren unseres Schulsystems leisten, sollte der Bund dies auch dementsprechend würdigen. Das Ziel muss es sein, eine offene Bildungslandschaft zu schaffen, die vielfältig ist und daher auf die verschiedenen Lebenssituationen und Bedürfnisse der Kinder möglichst individuell eingehen kann.

Ich stelle daher namens des Grazer ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden dringlichen Antrag und möchte auch darauf hinweisen, dass wir diesen Abänderungsantrag, den die KPÖ eingebracht hat, bereits eingearbeitet haben in diesen Antrag. Der

### **dringliche Antrag**

lautet: Der Gemeinderat möge eine Petition an den Bundesgesetzgeber richten, das österreichische Privatschulgesetz dahingehend abzuändern, dass die staatliche Subventionierung von nicht konfessionellen Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht an jene der konfessionellen Privatschulen angeglichen wird, ohne dass es im öffentlichen Schulwesen dadurch zu budgetären Einbußen kommt. Bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch** zur Dringlichkeit: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Antragsteller! Wir unterrichten ja im gleichen Haus, wenn auch nicht an der gleichen Schule und treffen uns fast täglich. Kurz eine Klarstellung, die KPÖ, wie Sie wissen, ist immer für das öffentliche Schulwesen eingetreten und zwar für ein bestausgestattetes öffentliches Schulwesen. Dein Antrag für Besserstellung der Privatschulen erinnert mich schon an eine gewisse Diskrepanz, die gerade in diesem Antrag deutlich wird. Ich erinnere daran, was die ÖVP in der Landesregierung gemeinsam mit der SPÖ beschlossen hat. Viele kleine Schulen am Land sind geschlossen worden, werden geschlossen, das sind öffentliche Schulen. Ich finde, das möchte ich auch hier sagen, diese Vorgangsweise unverantwortlich, sie schadet dem ganzen Ort, vielleicht sogar einer ganzen Region. Das sind Schäden, die kaum wieder gutzumachen sind. Graz wächst stark, aber das Ausdünnen steirischer Regionen ist auch eine der vielen Ursachen für das Wachsen von Graz. Wenn es draußen am Land keine Post, gibt es in Graz inzwischen auch nicht mehr, keine Post, keine Polizeiinspektionen mehr, wenn die Regionallinien eingestellt werden und dann noch die Schulen geschlossen werden, dann hat es für junge Menschen wenig Sinn, in der alten Heimat zu bleiben. Aber von der Steiermark möchte ich auch einen Blick nach Graz werfen, auch in Graz hat es Schulschließungen gegeben vor einigen Jahr, das traurigste Beispiel war die Volksschule Ries, sie war die einzige Schule des Bezirks und hauptverantwortlich war nicht die SPÖ, die da auch mitgestimmt hat, hauptverantwortlich aus meiner Sicht war die ÖVP und daher möchte ich noch einmal auf diese Diskrepanz hinweisen, öffentliche Schulen schließen und private fördern, das kann es natürlich nicht sein. Zu deinem Antrag, lieber Gerhard, es ist klar, dass eine solche Ungleichbehandlung unserer Verfassung widerspricht, wir haben auf die Gefahr hingewiesen, dass es zu keinen budgetären Kürzungen im öffentlichen Schulwesen geben darf, das hast du liebenswerterweise eingearbeitet und aus diesem Grund können wir natürlich auch jetzt zustimmen (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Kollege Fabisch, ich möchte nur anmerken zu deinen Ausführungen, dass es meistens umgekehrt läuft, weil es eben keine Kinder mehr gibt, weil sich Einrichtungen auch nach den Grundregeln für das Schulwesen so geändert haben, dass es bei gewissen Standorten nicht mehr möglich ist, den Betrieb aufrecht zu erhalten, gibt es Veränderungen und ich möchte nur darauf hinweisen, wenn dem so wäre, dass das eine Katastrophe wäre, was wir in Ries damals beschlossen haben, nämlich einen Schulstandort, der in keinsten Weise mehr einer modernen Schule entspricht, Turnsaalmöglichkeiten und, und, und zu schließen, dann hätte sicherlich nicht dazu geführt, dass wir als ÖVP im Bezirk Ries auch nach der Schulschließung das beste Ergebnis, das wir jemals einfahren konnten, dort von der Bevölkerung bekommen hätten. Weil wir Alternativen schaffen und weil diese Alternativen gut geführt sein sollen. Und auch im Lande Steiermark ist es so, dass halt einmal, wenn man die letzten 20/30 Jahre zurückblickt, die Anzahl der Kinder so dramatisch abgenommen hat, dass auch die Politik drauf zu reagieren hat, dass man das versucht, populistisch auch auszunutzen und zu sagen, jetzt ist endgültig vorbei, kann man so nicht stehen lassen, weil es darum geht, die Standorte, die wir haben und die wir brauchen, auch bestmöglich wieder auszustatten. Das ist ein eigenes Thema, heute geht es ja auch einmal darum, dass wir vielleicht auch das, was uns beim 20-Jahr-Jubiläum der Knallerbse, die die dort waren, auch begegnet ist, mir ist ja auch Ball zugeworfen geworden, einmal jetzt auch wirklich leben und ersuchen mitanzutreiben, nämlich zu sagen, jene Privatschulen, die diesen öffentlichen Status schon bekommen haben, jene Privatschulen, die seit Jahrzehnten da sind und auch Auszeichnungen haben, sollten doch auch endlich aus der ausschließlich von Eltern finanzierten Gesamtverwaltung dort auch einmal eine Unterstützung erfahren und gleichgestellt werden und das ist der Sinn des heutigen Antrages (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Wir werden diesen dringlichen Antrag unterstützen, wir werden auch den Abänderungsantrag der Kommunisten unterstützen. Soviel dazu, wir werden ihn deswegen unterstützen, weil es im Moment einfach an Alternativen mangelt. Wir würden uns innovativere Schulkonzepte wünschen, wir würden uns eine innovativere Bildungspolitik wünschen. Während wir hier sitzen, ist die Neuauflage von einer Stillstandregierung auf Bundesebene beschlossen worden mit wenig Ausblick auf was Neues, deshalb unsere Zustimmung zu diesem dringlichen Antrag. Danke.

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kollegen! Danke, Gerhard Spath, für diesen dringlichen Antrag. Ein Thema, das immer dringlich ist, es war ja auch schon vor vielen Jahren dringlich, wo ich einen ähnlichen Vorstoß da herinnen gemacht habe, auch eine Petition für die Gleichstellung von Schulen in freier Trägerschaft, freier Trägerschaft für nicht konfessionelle Schulen. Das Problem ist nur, und das wird dir wahrscheinlich auch so ergehen, dass du als Antwort bekommen wirst, dass das gerechtfertigt ist und rechtlich auch untermauert ist, dass hier eben eine Ungleichbehandlung gelebt wird und möglich ist, das schreibt nämlich das Bundeskanzleramt berufend auf einen Verwaltungsgerichtshofbescheid, dass es eben sehr wohl möglich ist, hier unterschiedlich auch vorzugehen. Ich will das jetzt nicht vorlesen, weil es doch länger ist die Begründung, vielleicht kurz zusammengefasst, ich bin nicht Jurist, aber es kommt da hervor, dass es eben gerechtfertigt ist aus dem Grund, weil eben in konfessionellen Schulen es sehr wohl möglich ist, auch anders Konfessionelle in die Schule zu schicken. Also ich kann als jemand, der dem evangelischen Glauben angehört, kann auch in eine katholische Privatschule gehen und das ist dann die Grundlage, warum das eben gegenüber der Nichtgleichbehandlung von nichtkonfessionellen Schulen eben als nicht gleichwertig angesehen wird. Der Grundlage liegt auch der Verfassungsgerichtshofentscheid zum

Gleichheitsgrundsatz und das EGMR, also das sind die belgischen Sprachefälle und da ist es halt so, dass das so begründet ist und leider Gottes wirst du wahrscheinlich auch dieses Schreiben bekommen, zumal es wichtig, ist wieder dieses Thema anzuregen. Es ist zwar auch in diesem Schreiben drinnen, dass insgesamt jeder Schüler in diesen freien Schulen oder diesen Schulen mit Öffentlichkeitsrecht mit 1.000 Euro subventioniert wird über die Dachverbände meistens, dass das natürlich viel zuwenig ist, ist klar und dass damit auch diese Schulen, ob das jetzt Waldorf ist oder auch Montessori, ihre Lehrer und sonstige Aufrechterhaltung der Infrastruktur nicht leisten können das ist ganz klar, ich glaube, da muss man auch ansetzen und wir müssen schauen, dass man da andere Modelle finden, um hier diese Schulen auch entsprechend zu unterstützen, weil die Lage ist wirklich prekär, also ich weiß das auch aus eigener Erfahrung und das ist auf der anderen Seite wieder unglaublich, was hier auch geleistet wird von den Eltern und Lehrern, aber da muss man ansetzen. Es wird, und das ist eben auch die Antwort gewesen, nicht möglich sein, dass man das gleichstellt, leider Gottes, und ich glaube, es ist auch der richtige Zeitpunkt, das anzuregen, ich weiß jetzt gar nicht, wer Bildungsminister sein wird, aber da, glaube ich, muss man ansetzen eine Gleichstellung, die ist leider ausgeschlossen (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer:** Geschätzter Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Grundsätzlich ist unsere Position natürlich, dass wir unsere Energie, unsere Zeit, unser Geld vor allem in den Ausbau, in den Erhalt, in die Verbesserung des öffentlichen Schulwesens stecken müssen. Ich glaube, da, Andreas, gehen wir, glaube ich, völlig konform. Ich verstehe den Antrag aber nicht so, wie du vorher gesagt hast, dass es um eine Besserstellung der Privatschulen geht, es geht eher um eine Gleichbehandlung oder um eine Gleichstellung und ich glaube, im öffentlichen Schulwesen gibt es viel zu tun, ich hoffe sehr, dass die neue Regierung hier auch

vieles davon angeht. Unsere Schule im öffentlichen Bereich ist noch leider ein Stück weit davon entfernt, dass jedes Kind seinen Talenten entsprechend gefördert wird, seine Begabungen entsprechend so gefördert werden, dass es das Optimum für sich selbst herausholen kann. Es gibt derzeit Privatschulen, sie leisten sehr, sehr gute Arbeit zum Teil und ich glaube, man kann nur zustimmen dieser Forderung, diesem Wunsch, dieser Petition, dass die Privatschulen in anderer Trägerschaft als von Konfessionen auch gleich behandelt werden. Aber wie gesagt, wir sehen diesen Antrag auch nicht als Forderung nach einer Besserstellung, wir wollen natürlich, dass das nicht zu Lasten der öffentlichen Schulen gehen darf. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Zur parteipolitischen Attacke möchte ich nur anmerken, lieber kurzzeitig Stillstand als langfristig in die falsche Richtung, Frau Polz-Watzenig (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. Mag. **Spath**: Ich bedanke mich für die breite Zustimmung. Es scheint ja doch eine Einstimmigkeit zu geben bei diesem Antrag. Wie schon jetzt von mehreren Kolleginnen und Kollegen angemerkt, es geht hier um die Gleichstellung von nicht konfessionellen Schulen mit konfessionellen Schulen. Dass wir im Bildungsbereich sehr viel noch zu tun haben auf Bundesebene, da hoffe ich auch auf die neue Frau Ministerin oder vom neuen Herrn Minister, dass da doch etwas angegangen wird. Dankeschön für die breite Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

## **2) Resolution für den sozialen Wohnbau in Europa**

GR. **Eber** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In mehreren Urteilen hat die EU-Wettbewerbsbehörde aufgrund von Klagen gegen Staaten wie zum Beispiel Schweden, Frankreich entschieden. Durch die Vergabe von Wohnbaubehilfen bestehe ein Wettbewerbsvorteil für öffentliche Unternehmen und die EU verlangte daraufhin eine Senkung der Einkommensgrenzen für geförderte Wohnungen.

Diese Vorgehensweise ist für uns nicht nachvollziehbar, zumal Wohnbaupolitik in der EU Sache der Nationalstaaten ist. Deshalb haben sich mittlerweile 27 europäische Städte aus unterschiedlichen Ländern, darunter Wien, Ljubljana, Zagreb, München und viele andere mit einer Resolution an die EU gerichtet, um sich gegen die Einmischung der EU in die Wohnbaupolitik der Nationalstaaten zur Wehr zu setzen und ich darf im Folgenden aus dieser Resolution umfassend, aber nicht vollständig zitieren:

„Die Vielfalt Europas und seiner Gemeinden, Städte und Regionen ist eine Stärke und macht die besondere Qualität des europäischen Wohlfahrtsmodells aus. Diese Vielfalt leben wir auch in unseren Städten, in denen wir mit innovativen und integrativen Politiken an der Zukunft unserer Bevölkerungen arbeiten. Eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung von Chancen und Talenten ist eine sichere und preisangemessene Wohnversorgung. Qualitätsvolles und leistbares Wohnen für alle Menschen zu garantieren, ist Aufgabe sozialer Politik. Dies gilt für die Kommunen, für die Regionen und für die Mitgliedstaaten.



Gerade als Verantwortliche der Städte ist uns die Bedeutung einer sozial orientierten Stadtentwicklung bewusst. Geförderter Wohnbau muss daher für breite Schichten der Bevölkerung weiterhin zugänglich sein. Eine Einengung auf ausschließlich einkommensschwache Gruppen wird abgelehnt, da sie zu sozialer Segregation führen würde. Uns ist auch die Bedeutung der Wohnungswirtschaft, insbesondere der sozialen Wohnungspolitik, für die Realwirtschaft bewusst. Gerade in Zeiten der Krise kann diese ein wichtiger Konjunkturmotor sein.

Die Europäische Union mit all ihren Akteurinnen und Akteure hat daher die Zuständigkeit der erwähnten Ebenen zu respektieren. Denn für die EU-Mitgliedstaaten und ihre Gebietskörperschaften ist es unabdingbar, die Kriterien für den sozialen Wohnbau im Sinne des Subsidiaritätsprinzips selbst festlegen zu können. Nur so kann auf lokale Bedingungen und Erfordernisse reagiert werden. Die Entwicklung in einigen europäischen Ländern zeigt, dass eine restriktive Festlegung von Zugangskriterien zum geförderten Wohnbau die Wohnraumversorgung für bestimmte Bevölkerungsgruppen bedroht.

Wir fordern daher die Europäische Kommission auf, die Definition des sozialen Wohnbaus sowie die Entscheidung über die Form der Bereitstellung den Mitgliedstaaten und ihren Gebietskörperschaften zu überlassen.

Als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister europäischer Städte fordern wir ebenso die Aufhebung der im Freistellungsbeschluss vorgenommenen Einengung auf benachteiligte Bürger und sozial schwächere Bevölkerungsgruppen, unterzeichnet ist diese Resolution dann eben von 27 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus ganz Europa, wobei es sich dabei nicht um klassisch kommunistische Kommunen handelt, sondern um überwiegend sozialdemokratisch geführte, aber es befinden sich auch konservative und liberal geführte Kommunen darunter, wie zum Beispiel Prag oder Budapest.

Der bewährte geförderte Wohnbau, wie es ihn bisher in Österreich gegeben hat, und da ist natürlich auch in jüngster Zeit nicht alles in Ordnung, darf nicht durch EU-Vorgaben ausgehebelt werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz beschließt, sich vollinhaltlich der Resolution der 27 europäischen Städte, wie oben, anzuschließen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

*Stadtrat Eisel-Eiselsberg übernimmt um 16.05 Uhr den Vorsitz.*

GR.<sup>in</sup> **Schartel** zur Dringlichkeit: Lieber Manfred, auch wenn sich die EU bedauerlicherweise wahrscheinlich von dieser Resolution weder beeinflussen lassen wird noch wird sie die Dinge, die sie beschlossen hat, zurücknehmen, im schlimmsten Fall müssten wir sogar mit einer Klage rechnen, wenn wir nicht die Umsetzung durchführen. Stimmen auf alle Fälle der Dringlichkeit und auch dem Inhalt des Antrages zu. Einerseits weil es um ein sehr, sehr wichtiges Thema geht, andererseits aber auch, weil es einfach auch unsere Befürchtungen bestätigt, dass man merkt, dass die EU in Brüssel immer mehr daran arbeitet, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten ihren Souverän verlieren und sogar bis in die Kommunen hinein bereits probiert, uns vorzuschreiben, wie wir zu denken haben, was wir für unsere Bürger tun dürfen oder nicht. Und ich finde es deshalb sehr, sehr wichtig, dass auf alle Fälle auch, wie die Stadt Graz, auf alle Fälle hier dieser Willkür schriftlich

zumindest Protest zeigt, indem wir einfach diese Resolution unterfertigen und das nicht stillschweigend hinnehmen und akzeptieren (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. **Eber**: Ich danke für die breite Zustimmung. Ich kann nur das bestätigen oder unterstreichen, was du gesagt hast. Es ist zu befürchten, dass sich die EU nicht allzu sehr davon beeindrucken lässt, wenn jetzt auch noch Graz diese Resolution unterstützt. Allerdings geht es genau darum, also dass man das nicht stillschweigend irgendwie toleriert, sondern ein Zeichen setzt, dass wir mit dieser Entwicklung nicht einverstanden sind. Danke bereits im Voraus für die Annahme. Danke (*Applaus KPÖ*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

### **3) Wohnbauoffensive/Wohnbauprogramm**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich möchte heute einen dringlichen Antrag einbringen, der sich dem Wohnbauprogramm oder der Wohnbautätigkeit in der Stadt Graz widmet. Das Wohnbauprogramm 2010, das die Stadt Graz ja vorgelegt hat, ist ja im Wesentlichen umgesetzt und wir müssen in die Zukunft blicken. Die Zukunft sieht im Wohnbau momentan nicht sehr rosig aus, zum

einen steigen die Preise, die Kosten gehen in die Höhe, wir spüren wahrscheinlich auch, dass hier ein Ausmaß der Finanzkrise ist, dass die Liegenschaftspreise in die Höhe gehen, aber auch es gibt eine unterschiedliche Entwicklung, was insbesondere auch den Mietwohnungsmarkt betrifft. Die Entwicklung ist unterschiedlich, die Preise haben am freien Mietwohnungsmarkt steigen am stärksten. Ich habe das im Motivenbericht auch aufgeführt, ich möchte nur gegenüberstellen, in einem Zeitraum von 2005 und 2012 sind die freien Mieten um etwa vier Prozent gestiegen, 4,2 %, die Richtwerte um 3,5 %, jene in den Gemeindewohnungen um 2,2 % und das Bemerkenswerte daran ist, und da haben wir natürlich auch die Auswirkungen der Finanzkrise, die Einkommen sind so nicht mitgestiegen, es stehen bei sehr mageren Anstiegen und im selben Zeitraum sind hier die Haushaltseinkommen um 2,3 % gestiegen. Jene der Eigentumswohnungen 7,7 %, also hier bemerken wir eine sehr unterschiedliche Entwicklung. Zum Zweiten habe ich mir angesehen für den Motivenbericht und auch für diesen dringlichen Antrag, also in der Vorbereitung, wie entwickelt sich die Wohnbautätigkeit, wie entwickelt sich die Bevölkerung in der Stadt beziehungsweise auch in den verschiedenen Grazer Stadtbezirken. Und wenn Sie die Seite 1 vielleicht betrachten des Motivenberichtes, ich habe die Tabelle hineingegeben und das Überraschende ist, in einem Vergleich von eineinhalb Jahren haben sich Bezirke sehr unterschiedlich entwickelt, einige sehr dynamisch, da hat es große Zuwächse gegeben hinsichtlich der Bevölkerung, aber auch der Wohnungsanzahl, andere sind kontinuierlich, also eher konstant beziehungsweise auch marginal geschrumpft. Die Tabelle, die ich Ihnen hier hineingegeben habe, zeigt beispielsweise Lend, ich darf das herausgreifen, in diesem Zeitraum von eineinhalb Jahren, dass die Personenanzahl, also bei einem hohen Niveau von derzeit 32.000 Personen um 2,58 % gestiegen ist, ebenso ist das ein Schnitt von einem Zuzug von 550 Personen, im Jahresdurchschnitt. Wenn wir bedenken, das ist doch ein erklecklicher Anteil der Stadt Graz, was wir an Zuzug hier verzeichnen. Aber auch die Wohnungen sind hier in die Höhe gegangen. Ja, was heißt das? Wir wissen auch, der Wohnungsbedarf ist das, was wesentlich ist, das Land Steiermark hat eine

Bedarfsstudie für die steirischen Gemeinden vorgelegt und für die Stadt Graz war das, das war im vorigen Jahr, für die Stadt Graz war das keine positive Verkündigung, was den Wohnungsmarkt beziehungsweise das Angebot betrifft. Hier wurde sehr klar festgehalten, dass in der Stadt Graz die Wohnbautätigkeit hinter dem Bedarf zurückbleibt. Das ist in die Vergangenheit gesehen, hier wurde festgestellt, dass eine Wohnbaulücke gegeben ist und in die Zukunft geblickt, dass der Neubaubedarf in Graz, in der Steiermark, den höchsten Anteil hat und für die nächsten Jahre wurde hier die Zahl von 12.000 Wohneinheiten für Graz in diesem Bericht des Landes miteingebaut. Des Weiteren verändern wir uns, wir verändern uns dahingehend, dass die Haushalte kleiner werden, dass wir älter werden und dass wir auch andere Ansprüche hinsichtlich des Wohnbaus haben. Wir wissen, dass in Graz da und dort etwas gemacht wird und meine Motivation für diesen heutigen Antrag ist, dass wir uns bewusst werden, wohin geht die Reise, was wollen wir in der Stadt und wohin werden wir den Wohnbau auch lenken. In dem Sinne möchte ich gerne um einen Informationsbericht an den Gemeinderat ersuchen, wohin wollen wir uns lenken, wie viele Wohnungen ist das Ziel für die Zukunft, auch in eine Ausrichtung, damit wir, wie wir uns als Gesellschaft auch verändern, das hier mitberücksichtigt wird und auch Berücksichtigung findet. Die Kosten und das leistbare Wohnen ist hier vollständigerweise mündlicher Natur, natürlich für mich klar, dass es hier mitverpackt ist, das leistbare Wohnen bedarf einer guten Organisation der Stadt Graz, die Stadt Graz muss bei der Wohnbauplanung auf die Kosten achten, es sind die Förderungsrichtlinien des Landes hier miteinzubinden, weil ohne Förderung wird es nicht gehen und in diesem Sinne darf ich für unseren sozialdemokratische Gemeinderatsklub den

### **dringlichen Antrag**

stellen: Im Sinne des Motivenberichts werden die für den Wohnungsbereich beziehungsweise den Bereich Finanzen und Liegenschaften ressortverantwortlichen

Stadtsenatsmitglieder Elke Kahr und Herr Stadtrat Gerhard Rüscher ersucht, dem Gemeinderat bis April 2014 einen Informationsbericht für ein „Wohnbauprogramm 2014“, es ist unter Anführungszeichen gesetzt, weil das als Zielorientierung gedacht ist, für die Stadt Graz vorzulegen, der wesentliche Eckpunkte hinsichtlich Grundstücksvorsorge, Umsetzungsplan beziehungsweise auch Kostendarstellung geben soll. Danke, das ist mein dringlicher Antrag und ich hoffe auf Ihre Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

***Bgm.-STv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck übernimmt um 16.20 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat, liebe Susi Bauer! Ich schätze dein Engagement, du warst ja auch schon in der letzten Periode hierfür tätig im zuständigen Ausschuss, bist seit dem letzten Gemeinderatssitzung jetzt wieder dabei und bringst bei der ersten ordentlichen Sitzung von dir, oder zweite, bei der letzten bist du angelobt worden, bist mit einem dringlichen Antrag gleich mit dabei. Ich habe mir den durchgelesen den dringlichen Antrag, du hast da wirklich sehr viel Datenmaterial, wahrscheinlich von der Arbeiterkammer, eingearbeitet und ich möchte sagen zum Antragstext selbst. Ich habe jetzt genau zugehört, du hast gesagt, ohne Förderungsmittel des Landes wird es nicht gehen. Das ist so und wir haben uns ja ganz genau erkundigt und für das Jahr 2015 die Landeswohnbauförderungsmittel werden erst bis Mitte 2014 verhandelt am Wohnbautisch, deswegen ist das, was du im Antrag schreibst, im Antragstext selbst einfach nicht umsetzbar. Aber ich glaube, das weißt du auch schon mittlerweile, aber dein Anliegen ist uns wichtig, ist allen wichtig. Und jetzt komme ich zum Motivenbericht. Du hast gesagt, die Stadt Graz macht da oder dort was für Wohnbau

und das trifft mich sehr, ich bin jetzt doch schon länger dabei und das trifft, glaube ich, andere Parteien auch. Weil gerade in der letzten Periode haben drei Fraktionen, das war Grün, das war die KPÖ und die ÖVP, ein Wohnbauprogramm in Angriff genommen, das hat es in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben und wir haben in Angriff genommen 500 Gemeindewohnungen zu bauen und insgesamt sind 380 zirka schon fertig und wenn du sagst, da oder dort wird was gemacht, trifft mich das, also das finde ich nicht in Ordnung und ich glaube, dass da im Gemeinderat ein ziemlicher Konsens ist darüber, dass wir Wohnbau schaffen müssen. Da geht es um Gemeindewohnungen, Übertragungswohnungen und es geht um den geförderten Wohnbau. Aber ich möchte ganz kurz dir noch ausführen, was alles passiert ist. Wir haben insgesamt im letzten Jahr oder in diesem Jahr heuer 211 Wohnungen übergeben können, das ist in der Ilwofgasse, Jauerburggasse, Floßlendgasse, Mariatroster Straße. Für 2014 sind 108 Wohnungen geplant Alte Poststraße, Rehgrund, bis 2016 Hummelkaserne, Steinegger Weg und in Reininghaus sind 100 Wohnungen einmal im ersten Anlauf geplant. Wir haben darüber hinaus in Smart City 1.000 Wohnungen geplant, also die sind frei finanziert, teilweise auch gefördert, sind keine Gemeindewohnungen, aber wir haben auch die Absicht geäußert, das gibt es auch schriftlich, dass wir gegenüber am Grundstück auf der anderen Seite auch Gemeindewohnungen in Angriff nehmen und da die Grundstücke dafür sichern. Insgesamt habe wir auch mit dem Land geredet, weil man darf das jetzt nicht nur auf Gemeindewohnungen beschränken, insgesamt hat das Land Steiermark für 2014 1.400 geförderte Wohnungen vor, 60 % der Wohnungen werden in Graz gebaut. Also ich möchte einfach sagen, die Dringlichkeit des Antrages ist nicht gegeben, aber absolute Absichtserklärung von unserer Partei, dass wir alles Menschenmögliche dafür tun werden, dass ein neuer Wohnraum geschaffen wird. Ich ersuche dich, Susi, auch, dass du ein bisschen auf deinen Kollegen Werner Savernik einwirkst, weil er tut wirklich vieles dazu, dass bei Bauverhandlungen auch Anrainer mitmischen, dass das eine oder andere Stockwerk verhindert wird und auch das ist nicht zuträglich, wenn wir mehr Wohnraum schaffen wollen (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Ich bitte dich, zum Ende zu kommen.

GR. **Hohensinner**: Ich bin schon am Ende. Noch einmal, da müssen wir alle zusammenhelfen, wir haben das gleiche Anliegen, aber der Antrag ist im Motivenbericht und im Antrag selbst einfach nicht ganz korrekt. Wir sind gerne bereit, für die nächste Sitzung was gemeinsam vorzubereiten, das habe ich dir auch vorgeschlagen, das können wir gemeinsam machen, aber so stimmen wir der Dringlichkeit und natürlich dem Inhalt so auch nicht zu. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> **Schartel**: Liebe Susanne! Ich darf vielleicht die Ausführungen vom Herrn Klubobmann dahingehend noch ein bisschen ergänzen, dir zu sagen, dass der Gemeinderat sich wirklich seit der ersten konstituierenden Sitzung am 24.1.2013 sehr intensiv mit der Thematik leistbares Wohnungen, sozialer Wohnbau, wie geht die Stadt Graz mit diesen Dingen um, auf alle Fälle beschäftigt und dadurch auch unter anderem schon zwei wesentliche Dinge beschlossen hat, nämlich das eine, dass durch einen dringlichen Antrag sich der Wohnungsausschuss speziell und mit Hilfe des Wohnungsamtes sich mit neuen Vergaberichtlinien beschäftigt, wo durchaus unter anderem auch das Ergebnis sein kann, dass vielleicht dein subjektives Empfinden über die Anzahl der zur Verfügung stehenden Wohnungen vielleicht gar nicht so in diesem Ausmaß notwendig ist, weil man unter Umständen andere Möglichkeiten sieht. Außerdem bin ich davon überzeugt, dass auch bisher die Mitarbeiter des Wohnungsamtes sehr wohl immer informiert sind und wissen, wieviel Wohnungen würde die Stadt Graz brauchen, wie schaut es mit einem Bauwohnprogramm aus, sodass nicht neuerlich wieder durch einen Antrag bitte im Gemeinderat jemand hergehen muss und die Mitarbeiter des Wohnungsamtes darauf aufmerksam machen



müsste, also jetzt wäre es bitte wieder an der Zeit, vielleicht in die Zukunft zu denken und ein Konzept zu erarbeiten. Und der dritte Punkt und der ist, glaube ich, ein sehr wesentlicher Punkt, ist nämlich jener, dass sich der Gemeinderat in seiner Sitzung am 13.6. den Grundsatzbeschluss gefasst hat, dass bitte die Agenden des Wohnungsamtes in einen Eigenbetrieb Wohnungen ausgelagert werden. Das Wohnungsamt wurde beauftragt, mit dem Präsidialamt die dafür geeigneten Rahmenbedingungen zu erarbeiten und wir wollen spätestens mit 1.1.2015 mit sozusagen dieser Tätigkeit starten und aus diesem Anlass ist für uns dieser Antrag auf gar keinen Fall dringlich, weil es sind die wesentlichsten Weichen bereits gestellt (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Naja, schön, die Weichen sind also angeblich gestellt, was haben wir dann grundsätzlich für ein Problem? Ich glaube, wir haben einiges an Problemen, das eine sind Absichtserklärungen, das andere sind Umstrukturierungen. Was fehlt, da hat der Kurt Hohensinner darauf hingewiesen dankenswerterweise, Grün/Schwarz hat es nach vielen Jahren wieder geschafft, mittels eines Sonderwohnbauprogrammes wieder Wohnungen, Übertragungswohnbauten und Gemeindewohnungen kurzum auf den Weg zu bringen. Viele davon sind schon übergeben, einige folgen noch. Allerdings, lieber Kollege Hohensinner, lieber Kurt, ich bin nicht ganz deiner Meinung, dass wir hier eh alles im grünen Bereich haben, du kennst als Mitglied des Wohnungsausschusses die Wartelistenzahlen, du weißt, wie sehr diese Probleme nicht kleiner werden, trotz des Sonderwohnbauprogramms, das Grün/Schwarz am Boden gebracht hat, du weißt, dass sie größer werden aufgrund von wirtschaftlichen und sonstigen Rahmenbedingungen, deswegen bin ich sehr irritiert, dass man hier einer Dringlichkeit nicht zustimmen mag von eurer Seite her...

***Zwischenruf GR. Hohensinner: Und wo sind wir jetzt nicht einer Meinung?***

GR. **Dreiebnner**: ...ich hätte mir sehr gewünscht, dass schon der Beginn der Dreierkoalition zwischen ÖVP, FPÖ und Sozialdemokratie es geschafft hätte, ein solches, vielleicht nicht ganz so Umfassendes, was natürlich auch schön gewesen wäre, aber ein weiteres Wohnbauprogramm zu vereinbaren. Nur leider war hier von eurer Seite nichts zu hören...

***Zwischenruf GR. Hohensinner: Smart City.***

GR. **Dreiebnner**: Ja, das sind alles Absichtserklärungen, da ist noch nichts dingfest gemacht, das ist der Punkt, auf den ich hinwill. Es gibt keine Zielvorgabe und hier bis April 2014 den Antrag, Susi Bauer, auf den möchte ich jetzt kommen, hier dementsprechend das Ganze ein bisschen in Zahlen zu gießen und ein bisschen in ein Programm hineinzubringen, das können wir von der Dringlichkeit und vom Inhalt nur unterstützen, weil vier oder 4,5 Jahre Sonderwohnbauprogramm nach vielen Jahren Zuwenig- oder Nichtstun, darf nicht wieder gefolgt werden von einigen Jahren Nichtstun, das ist der Punkt. Wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen (*Applaus Grüne*).

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Zuständige Stadträtin für das städtische Wohnungsamt, muss ich dazusagen. Nicht zuständige Stadträtin für die Liegenschaften und Finanzen, weil das immer, das muss man immer dazusagen und das hat die Susanne Bauer auch richtig im Antragstext so angesprochen. Ich hätte mir auch gewünscht, dass mein Stadtratskollege Rüschi auch jetzt da ist, weil er jetzt mit mir gemeinsam doch seit sieben Jahre fast in einem Monatsrhythmus ständig das Thema auf- und abdebattieren. Ich möchte Ihnen aber, wenn schon das Thema leistbarer Wohnraum, und da muss ich Ihnen sagen, man muss es konkretisieren. Wir reden von Gemeindewohnungen oder, wie manche sagen, sozialem Wohnbau und wenn wir hier allen Ernstes sagen, wir werden da in den kommenden Jahren Riesenfortschritte also von wegen erreichen, tausende Wohnungen oder was, dann muss man sagen, dann würden wir die Leute anlügen und zwar aus einem einfachen Grund, weil zum Ankauf der Grundstücke, das ist das eine Kapitel, aber ohne Wohnbauförderkontingente vom Land wir hier, und das muss in einem Gleichklang passieren, weil es immer weniger Genossenschaften auch gibt, die mit uns überhaupt bereit sind hier den Übertragungswohnbau zu machen. Man muss einfach sagen, das Land, die Reformpartner von ÖVP und SPÖ haben den sozialen Wohnbau kaputt gespart, es gibt fast gar keine Mittel mehr im Land dafür, das muss man auch hier einmal sagen, damit Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch keine Illusionen haben. Wir haben das schon vor 10/15 Jahren das Thema, die Susi Bauer hat Recht, es ist dringlich, nur das war schon vor zehn Jahren dringlich, die Entwicklung war ja vorabsehbar, dass wir uns in diese Richtung bewegen und damals haben wir aber die Grundstücke in Graz noch eher gehabt, fünf Jahre lang, Susi, ich habe es dir schon einmal da im Gemeinderat gesagt, war der Kollege Riegler zuständig, Finanzen und Liegenschaften hat er in einer gesamten Periode lediglich zwei Grundstücke gekauft und wir sind auf Schwarz/Grün am Beginn der letzten Periode, weil es in eurem Programm zuerst auch gefehlt hat, offensiv zugegangen und gesagt, machen wir eine Bereichskoalition in dieser Frage und ihr habt Wort gehalten und das habe ich auch immer erwähnt, deshalb haben wir jetzt überhaupt die 500, also dass man überhaupt

über 500 weitere Wohnungen reden können und ihr müsst auch eines verstehen und jeder der vom Bauen was weiß, weiß, dass von einer Diskussion über möglichen Ankauf von einem Grundstück bis zur zusätzlichen Finanzierung und bis zum Bau Jahre vergehen, deshalb sind ja teilweise Grundstücke, die wir schon vor fünf Jahren gekauft haben, noch immer nicht fertig. Weil es natürlich auch, und das kann man natürlich dem Kollegen Savernik nicht vorwerfen, dass er gegen Bebauungspläne ist, das ist ja ein Witz, das Recht muss ein Gemeinderatsmitglied schon noch haben, aber eines ist auch wahr, der Widerstand, wenn es um die Errichtung und Schaffung von Gemeindewohnungen geht, ist dann besonders groß, da werden dann Dinge vorgeschoben wie Verkehrsaufkommen usw. aber in Wirklichkeit will man keine Gemeindemieter als Nachbarn. Beispiel Ilwofgasse, das war wirklich unerträglich, das hätten wir schon vor drei/vier Jahren fertig haben können, ist natürlich auch das Recht der AnrainerInnen, ist in Ordnung, aber die Verzögerung hat immens lange gedauert und Sternäckerweg, du hast es angesprochen, Stadtrat Eustacchio ist jetzt nicht da, die ÖWG wird was pfeifen, sich mit der Stadt Graz noch überhaupt einen Übertragungswohnbau zu machen, die sind angefressen bis da rauf, weil man ihnen in Wirklichkeit da Sachen vorschreibt, was sie an Kostenübernahme nehmen sollen, die sie unmöglich tragen können. Also ich könnte da noch sehr, sehr lange ausführen, wir sind auch am Beginn dieser Gemeinderatsperiode selbstverständlich auch an den Stadtrat Rüschi, er weiß davon und hat mir rückgemeldet, dass er mit den beiden Koalitionspartnern gesprochen hat, herangetreten, dass wir auch in dieser Periode wieder ein Sonderwohnbauprogramm zwei machen, damit wir vielleicht wieder auf weitere 500 Wohnungen kommen. Er hat gesagt, das war nicht möglich, weil da Zusatzbedingungen geknüpft worden sind, aber was es sehr wohl gibt, regelmäßig Gespräche, wir haben auch einige Grundstücke schon im Auge, dafür und auch eines schon gekauft, das muss man dazusagen. Was ich auf jeden Fall gerne bereit bin, ist, einen Informationsbericht nächstes Jahr in Absprache mit Stadtrat Rüschi, weil, noch einmal, ohne ihn können wir kein Grundstück ankaufen, dem Gemeinderat gerne und dem Wohnungsvergabeausschuss auch vorlegen, aber jetzt diesem

Dringlichkeitsantrag zuzustimmen, da komme ich mir veräppelt vor, weil, Susi, es sind eure Leute im Land und es waren eure Leute teilweise in der Stadt, die uns in diese Misere mitgebracht haben und in der vorletzten Periode vor allem es die SPÖ war, die im Land die Wohnbaufördertöpfe ausgeräumt hat, fast zwei Milliarden Euro sind...

**Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Bauer: Das ist falsch.**

StR.<sup>in</sup> **Kahr:** Ich habe da die Ziffern von 1992 bis 2003 und weiter auch von 2009 usw. Das ist einfach eine Tatsache und macht euch bitte im Land stark für eine Wohnbauoffensive, aber da brauchen wir Milliarden in der Hand und da kann ich auch an den Bund die Adresse richten (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer:** Ich glaube, es ist einmal wichtig zu replizieren, warum stehen wir da wo wir stehen? Es hat jeder ein bisschen ein, oder sitzen, ich meinte hier die Sachlage. Ich meine, der Punkt ist der und ich weiß, dass in der Vergangenheit Fehler gemacht wurden, liebe Frau Stadträtin, ich möchte jetzt mit deinen Wortmeldungen beginnen. Ich möchte es gar nicht bestreiten, dass man vielleicht auch manches besser machen konnte, auch von meiner Fraktion. Aber, und ich möchte das auch einmal von deiner Seite honoriert erhalten, wir müssen uns jetzt auf neue Gegebenheiten einstellen, weil es fällt nicht vom Himmel, dass wir so sind. Auf deiner Seite sind die Wohnbauförderungsdarlehen verkauft worden, ja wer hat denn die aus den Kontingent verkauft? 500 Millionen, Tranche eins war unter dem ÖVP-Finanzlandesrat, Tranche zwei, 600 Millionen, war der ÖVP-Finanzlandesrat, dahinter

stand und das muss man auch einmal wissen, die Steiermark hat das nicht verkauft, weil es so besonders lustig war, sondern es war das Bundesziel, dass man ein Bundesbudget, eine Bundes-Null erreicht und da hat der Wohnbau seinen großen Beitrag leisten müssen, das war...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Das hätten wir anders erreichen können, aber das war damals so, das hat meine Recherche ergeben. Ich bin aus allen Wolken gefallen, ich habe mir gedacht, das kann ja nicht sein, der Wohnbau muss zur Budgetstabilisierung auf Bundesebene, damit das zusammenpasst, beitragen. Ich habe diesen Antrag, liebe Frau Stadträtin, eingebracht, weil es dringlich ist und wir heute hier stehen. Die Preise entwickeln sich aufgrund der Finanzkrise und der Spekulation nach oben und die Löhne und Gehälter aufgrund der Finanzkrise müssen auch die Arbeitnehmer sehr, sehr viel zahlen und die Löhne bleiben auf, wenn wir sagen, Reallohnkontinuität ist es momentan schon gut, uns fehlt ein Wirtschaftswachstum, das ist schon klar. Hätten wir eine andere Lohnentwicklung, würden wir vielleicht so um dieses Thema nicht sprechen beziehungsweise uns auch nicht auseinandersetzen. Ich möchte trotzdem die Hand ausstrecken, für Verbesserungen hier beizutragen. Lieber Kurt, ich muss jetzt ganz kurz replizieren, es wurde sehr, sehr viel gesagt und ich möchte es trotzdem... Das Datenmaterial, danke der Stadt, das ist die Statistik der Stadt und Datenmaterial der Stadt, also man kann ganz gut hier Daten verwenden beziehungsweise auch Veränderungen herauslesen. Du hast angeführt Smart City, das ist ein großes Wohnbauprogramm, wir haben eine Studie der Arbeiterkammer dazu gemacht und haben müssen leider feststellen, dass Wichtigste, was dort fehlt,

sind die Kosten für das ganze Smart-City-Programm und was werden die Wohnungen dort kosten.

***Zwischenruf GR. Hohensinner: Hast du zugehört, was ich gesagt habe?***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Ich glaube, ohne massive Stützungen wird das Ganze so nicht gehen. Anraineranliegen zu vertreten, ist einfach absolut auch notwendig und das hat jeder Gemeinderat auch von uns versprochen, sich die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger anzuhören und das auch hier miteinzubringen. Das ist ja auch die Qualität des Gemeinderates. Die Kollegin von der FPÖ hat indirekt gesagt, ich weiß nicht alles, aber vielleicht darf ich das auch zurückgeben. Es ist nicht nur das Wohnungsamt zuständig, die Stadt ist komplexer aufgestellt, die Wohnungsumsetzung braucht sehr, sehr viel von der Planung bis zur Widmung bis zum Erwerb beziehungsweise bis das Bauwerk endgültig draufsteht. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bin sehr traurig, dass es keine Mehrheit für diesen Antrag gibt. Ich möchte die Kollegin, die Frau Stadträtin habe ich ersucht, mir das anzuerkennen, ich ersuche jetzt den Gemeinderat, das mir anzuerkennen, ich habe nicht viele Instrumente als Gemeinderätin und als Gemeinderätin wollte ich gerne einen Informationsbericht. Ob der Informationsbericht jetzt im April, im Mai kommt, ob er dicker oder dünner ist, aber ich glaube, es ist einmal wichtig, in diese Richtung zu gehen und das war die Urintention aus meinem Antrag. Es gibt natürlich auch Ängste, das verstehe ich auch und erlauben Sie mir einmal, ein paar Ängste vielleicht auch zu formulieren, damit...

***Zwischenrufe unverständlich.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Ich komme schon zum Schlusssatz, erlauben Sie mir, die Ängste auch zu formulieren. Ich habe nämlich auch nachgedacht, wovor fürchtet sich der Herr Finanzstadtrat, woher fürchtet sich der Herr Landstadtrat (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), vielleicht kommen Ergebnisse anderer Art zum Vorschein, vielleicht kommt zum Vorschein, dass wir eine riesengroße Lücke von notwendigem leistbarem Wohnraum, in der Stadt Graz gibt es sehr viele Menschen mit ganz wenig Einkommen, die Armutsgefährdung ist recht hoch, dass wir eine enorme Lücke aufgebaut haben und ich glaube, wir haben die Pflicht, uns das anzuschauen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), das ist unsere ureigenste Aufgabe, wir haben für Wohnraum zu schauen und wir haben auch für leistbares Wohnen zu schauen. Vielleicht kommt auch zum Vorschein, dass die Stadt Graz manche Kosten (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*)...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Ich komme schon... Aber ich möchte Ihnen gerne noch etwas sagen.



Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Ich bitte darum, das es jetzt wieder ruhiger wird, es haben alle über die Zeit gesprochen und ich achte darauf. Bitte wieder alle zur Ruhe kommen, es haben alle über die Zeit gesprochen und die Kollegin Bauer kommt jetzt schon zum Ende. Wir beruhigen uns jetzt alle wieder, wenn wir uns jetzt noch länger aufregen, dauert es noch länger.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Danke vielmals. Zwei Sätze noch. Ich glaube, dass wir viele Chancen wir uns vertun, wenn wir uns der Debatte nicht stellen. Die Stadt Graz ist nicht immer ganz vorbildlich, was den leistbaren Wohnraum anbelangt, wir wissen das, einige Kosten werden immer wieder gerne den Wohnbauträgern umgehängt, damit die Kosten hier auch in die Höhe gehen. Werte Kolleginnen und Kollegen, ganz zum Abschluss, es gibt eine positive Meldung und es wurde heute die Wohnbeihilfe erhöht für Menschen mit geringem Einkommen beziehungsweise die Einkommensgrenzen sind hinaufgegangen. Das ist wenigstens eine positive Nachricht, das ist eine Aktivität der SPÖ. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ und Grüne) abgelehnt.***

***Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### **4) Abbau von Polizeidienstposten im Rahmen einer Strukturreform**

GR. **Mogel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Mogel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer auf der Galerie! Laut Zeitungsberichten haben sich ja SPÖ und ÖVP im Rahmen ihrer Koalitionsverhandlungen im Bund auf eine Strukturreform auch im Bereich der Sicherheitspolizei geeinigt. An die 100 Polizeiinspektionen sollen dabei zusammengelegt werden.

Weiters wird berichtet, dass den Polizeiinspektionen der Steiermark rund 200 Beamte fehlen und etwa 60 bis 70 Planposten überhaupt unbesetzt sind. Auch die Zusicherung seitens des Innenministeriums, in der Steiermark pro Jahr drei Ausbildungskurse anbieten zu können, wurde für das Jahr 2013 nicht erfüllt, da waren es nur zwei. Auch im Jahr 2014 ist bis jetzt nur ein neuer Kurs genehmigt.

Dies alles lässt mich befürchten, dass die zusätzlichen 300 Polizisten für die Steiermark, welche unter Innenministerin Fekter und Landesrat Schützenhöfer vereinbart wurden, wohl nicht zugeteilt werden. Bereits frühere Polizeipostenzusammenlegungen haben gezeigt, dass sehr viele Planstellen einfach eingespart werden. Allein bis zum Jahr 2009 wurden bei der großen Zusammenlegung bis zu 4.300 Planstellen gestrichen, eine Entwicklung, deren Folgen wir heute noch zu spüren bekommen.

Auch die Einführung der elektronischen Dienstdokumentation hat sich im Alltag der Polizisten nicht bewährt und zu einem deutlichen Mehraufwand für die Beamten geführt.

Selbstverständlich sind wir für die Verschlinkung überteuerter Strukturen, aber nicht zu Lasten der Sicherheit der Bevölkerung, man muss gerade in diesem Bereich besonders acht geben, das man da nicht auf dem falschen Ende spart. Und noch ein

Gedanke zuletzt, es darf nicht vergessen werden, dass durch jede Schließung eines Polizeipostens natürlich auch ein Stück Kontakt zwischen Polizei und Bevölkerung verloren geht.

Daher stelle ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

### **dringlicher Antrag:**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Mag. Nagl wird höflich ersucht, im Rahmen seiner Möglichkeiten und nach persönlicher Maßgabe bei den Führungspersönlichkeiten der Bundes-ÖVP vorzusprechen, um im Rahmen der aktuell stattfindenden Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ auf die prekäre Situation der Grazer Polizei hinzuweisen. Ziel dieser persönlichen Intervention soll es sein, eine weitere Dezimierung des Personals der Polizei in Graz zu verhindern und im Optimalfall eine deutlich spürbare Aufstockung des Personalstandes zu erwirken.

Ich ersuche um breite Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

GR. **Pacanda** zur Dringlichkeit: Ja, das ist natürlich eine Forderung, die wir auch absolut unterstützen aus mehreren Gründen heraus, möchte ich das sagen. Wir haben ja schon öfter darüber diskutiert, dass wir zu wenig Polizei haben und dementsprechende Kamerasysteme installieren müssen in Graz. Also, ganz wichtig, dass auf jeden Fall dieser Antrag, also Dringlichkeit aus unserer Sicht eindeutig gegeben und auch inhaltlich gegeben, dass wir das unterstützen. Wir haben allerdings noch einen Zusatz zu diesem Antrag formuliert und den möchte ich auch gleich vorlesen, weil dann haben wir das erledigt: Es möge nämlich durch die dementsprechende Abteilung geprüft werden, wie hoch das Einsparungspotenzial bei

der Grazer Ordnungswache bei ausreichendem Personalstand der Grazer Polizei wäre. Man könnte das natürlich dann dementsprechend erweitern, was für Einsparungspotenziale im Kamerasektor und Überwachungssektor natürlich daraus entstehen, aber das wäre unser Zusatzantrag, aber den Hauptantrag werden wir unterstützen. Dankeschön.

GR. **Sikora:** Werte Frau Vizebürgermeisterin, werter Kollege! Prinzipiell kann ich ja deinem Antrag im Motivenbericht einiges abgewinnen und auch der Klub kann einiges abgewinnen, da die Situation innerhalb der Exekutive, wie wir alle wissen und wie du das auch richtig schreibst, und im Besonderen jene der Polizei keinesfalls rosig aussieht. Die Schließung der weiteren Polizeiinspektion ist ja de facto schon beschlossene Sache und von der Regierungskoalition ja auch schon beschlossen. Ich sehe das so, dass jetzt mit der weiteren Schließung von der steirischen Polizeiinspektionen de facto Personal, also Planposten, kompensiert wird und ein Beispiel zeigt mir, zum Beispiel das Schubhaftzentrum in Vordernberg, wo eigentlich 55 Planstellen bei der steirischen Polizei benötigt werden und was glauben Sie, wo das herkommen wird, wahrscheinlich irgendwo durch Umschichtungen und nicht durch Planstellenvermehrung, so wie du es richtigerweise forderst und auch für die neue Polizeilandeszentrale, das wissen wahrscheinlich die Wenigsten, werden zusätzliche Planstellen im hohen Ausmaße benötigt, da spricht sogar der steirische Sicherheitsdirektor von einer sehr großen Herausforderung. Die Polizeigewerkschafter warnen auch vor einem Worst-Case-Szenario, fehlen ihnen alleine in der Steiermark, und das hast du auch richtig gesagt, 300 PolizistInnen, um die Sicherheit für die BürgerInnen aufrecht erhalten zu können. Exklusiv der geplanten zusätzlich anstehenden personellen Belastungen. Besonders dramatisch ist da jetzt die Lage für unsere Landeshauptstadt Graz, wo am Papier zwar, es ist so ein ähnlicher Vergleich wie die Justizwache, bei uns sind die Planstellen am Papier auch

alle besetzt, aber am Papier fehlen der Grazer Polizei an die 100 Planposten, also 100 PolizistInnen, ein absoluter Wahnsinn. Da möchte ich sagen, dieser sicherheitspolizeiliche Wahnsinn, in dem wir uns eben mitten drin befinden, wie du sicherlich auch weißt, führt auf das Jahr 2003 zurück und zwar auf die Regierung Schüssel und Riess-Passer, weil da wurde die Polizei totreformiert unter dem Titel „Team 04 die neue Exekutive“ und da haben mit Anschlag also für die steirische Exekutive, auf die steirische Polizei, genau jene 300 PolizistInnen gefehlt, denen wir jetzt heute hinterherlaufen. Und perverserweise war auch der Slogan vom damaligen Innenminister Strasser, und das lassen Sie sich bitte jetzt auf der Zunge zergehen, „die bestmöglichen organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um den Bürgern unseres Landes nachhaltig höchstmögliche öffentliche Sicherheit zu garantieren“. Also nachhaltig, also perverser geht es gar nicht und wir werden der Dringlichkeit auf alle Fälle die Zustimmung erteilen, wir haben auch einen Abänderungsantrag vorbereitet gehabt, also wir haben uns jetzt geeinigt, dass wir jetzt einen gemeinsamen Abänderungsantrag einbringen werden, das haben wir eh schon besprochen, aber wie gesagt, unsere Zustimmung sowohl zur Dringlichkeit aufgrund dieser dramatischen Situation und für den Antrag logischerweise auch. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Ein klares Bekenntnis zu unserer Polizei. Wir sind gut beraten, alles zu tun und das auch einzufordern, was wir brauchen, was die Polizei braucht, da sind wir auf das Gespräch mit den Beamten und mit den Verantwortlichen angewiesen. Es gibt eine volle Unterstützung, wir sind auch im Kontakt mit dem Herrn Landespolizeidirektor und wir haben die Informationen der noch amtierenden Innenministerin, wir nehmen an, es wird auch die zukünftige sein, es wird in diesen Stunden entschieden. Sie hat sich zur Strukturreform bekannt, diese Strukturreform bringt Einsparungen, bringt

Belastungsausgleich, bringt ein flexibleres Einsatzprofil der Polizei. Wir bekennen uns zu diesen Zielen und wir fordern und das hat sie ausdrücklich außer Streit gestellt, so wie auch die Gewerkschaft das fordert, es darf keine Personalreduktion geben. Das ist unser Standpunkt, das hat die Frau Bundesminister zugesagt und das wollen wir mit unserem Abänderungsantrag auch nochmals unterstreichen, es wird diesen Abänderungsantrag dann vorgestellt geben, weitere Details dann auch noch von meinem Kollegen Peter Stöckler, wir unterstützen die Dringlichkeit und auch das zugrunde liegende Anliegen, aber mit einer Strukturreform, die eine flexiblere Schwerpunktsetzung auch mit den Kräften der Landespolizeidirektion, es sind sehr viele zentrale Einheiten in der Straßganger Straße vertreten, die ebenfalls schwerpunktmäßig, wenn Sie so wollen, in Stellung gebracht werden können. Voraussetzung ist aber diese Strukturreform, wir stehen dazu. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Vargas:** Sehr geehrte Damen und Herren! Wir von den Grünen, ich werde es ganz kurz machen, unterstützen die Dringlichkeit dieses Antrages, inhaltlich werden wir den Abänderungsantrag, den wir gemeinsam mit den Kollegen von der ÖVP und KPÖ verfasst haben. Aber mir ist es schon ein wichtiges Anliegen zu sagen, uns ist wichtig, dass die Bevölkerung sich in Sicherheit wiegt. Aber Sicherheit hat ja zwei Dimensionen, das eine ist die subjektive Sicherheit der Bevölkerung und auf der anderen Seite, was uns auch sehr wichtig erscheint und wo man mehr tun sollten in Graz, ist das objektive Sicherheitsgefühl der Menschen und dafür werden wir sicherlich noch in Zukunft eintreten. Danke (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. **Stöckler:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, was wir vorher gerade gehört haben, einigt uns alle in unserem Zusammenhalt, dass wir die Planstellen der Polizei nicht vermindert sehen wollen. Ich glaube, das ist unbestritten hier. Ich möchte nur etwas auf deinen Antrag, der sehr wichtig ist, dazu sagen zur Strukturreform. Es geht in diesen Papieren, die durch die Medien gegeistert sind, nicht um eine Reduktion der Planstellen, es geht um eine Strukturbereinigung der Dienstposten, sprich der Inspektionen. Wir haben zum Beispiel in Wien, das ist ein Riesenproblem, wir haben in Wien 96 große Polizeiinspektionen, im Vergleich zu München, die nur 25 haben, sind ein bisschen kleiner mit 1,2 gegen 1,8 Millionen; allerdings hat München, die Polizei München, 70 % der Beamten vor Ort auf der Straße und Wien bei 7.000 Polizeibeamten nur 40 % und ich glaube, da muss es sehr wohl zu einer Strukturbereinigung kommen in dem Sinn, dass die Polizisten dort sind, wo sie gebraucht werden und nicht in den Polizeiinspektionen. Wenn nur ein oder zwei dort drinnen sind, wer sperrt dann ab, wenn was gebraucht wird. Und deswegen, wir glauben auch, dass die Stoßrichtung ein wenig, Koalitionsverhandlungen sind vorbei, wie es anscheinend ist, deswegen stelle ich seitens des ÖVP-Clubs gemeinsam unterstützt durch die SPÖ, KPÖ und den Grünen folgenden Abänderungsantrag:

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird höflich ersucht, mit dem zukünftigen Bundesminister für Inneres oder der Bundesministerin für Inneres in Kontakt zu treten, um sicherzustellen, dass es im Zuge der beabsichtigten Strukturreformen der Polizeidienststellen zu keiner Personalreduktion und keiner Aushöhlung des Dienstpostenplanes für die Polizei in Graz kommt (*Applaus ÖVP*).

GR. **Mogel:** Ganz kurz. Mir ist es grundsätzlich vollkommen egal, über welchen Antrag und wie es dazu kommt, dass in Graz die Polizei weiterhin gut Dienst versehen kann

und dass hier es auch in Zukunft zu einer Aufstockung unserer fehlenden Posten kommt. Deswegen habe ich überhaupt kein Problem, auch diesem Abänderungsantrag zuzustimmen. Hauptsache ist für mich, und das ist, glaube ich, das Wesentlichste, dass wir hier für die Sicherheit in Graz alle an einem Strang ziehen. Fakt ist leider, das muss ich auch noch sagen, jede Strukturreform, die wir bis jetzt hatten, hat leider Gottes in erster Linie nur zu einer Reduktion der Beamten vor Ort geführt. Ich hoffe, dass das der Anlass ist, aber mir ist jedes Mittel recht, um hier für mehr Sicherheit in Graz zu sorgen. Danke (*Applaus FPÖ*).

*Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde einstimmig angenommen.*

*GR.<sup>in</sup> Potzinger verlässt den Gemeinderatssaal mit dem Hinweis, Frau GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Polz-Watzenig möge sich bei der ÖVP für die „Entgleisungen“ in der letzten Gemeinderatssitzung entschuldigen.*

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.in **Schröck**: Also ich nehme jetzt nicht Bezug auf eine Entgleisung aus der letzten Sitzung.

**5) Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in der Steiermark, Novellierung des Steiermärkischen Betreuungsgesetzes –  
Petition an den Landesgesetzgeber**



GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Ich habe jetzt eigentlich vor, einen dringlichen Antrag einzubringen. Und zwar geht es um die Unterbringung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in der Steiermark, zu einer Novellierung des Steiermärkischen Betreuungsgesetzes, Petition an den Landesgesetzgeber.

Wir sind in der Woche der Menschenrechte, der 10. Dezember war der Tag der Menschenrechte und es ist gestern dabei der Menschenrechtsbeiratsbericht vorgestellt worden und in diesem Bericht wird auch immer wieder gefordert, dass die Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ausbaubar und verbesserbar ist in dem Sinn, dass es nicht mehr an Private vergeben werden soll. Das ist auch etwas, was von der Kinder- und Jugendanwaltschaft immer wieder gefordert wird und wir wissen auch durch viele Debatten hier herinnen, dass mit der Unterbringung an Private es immer wieder zu Problemen kommt, zu Schwierigkeiten kommt und nicht zuletzt wurde ja auch vor wenigen Sitzungen beschlossen, Asylwerberstopp in Graz zu halten, was auch auf die Betreuungssituation zurückgeführt worden ist. Deswegen möchte ich sehr gerne heute diesen Antrag einbringen, der Gemeinderat der Stadt Graz tritt am Petitionsweg an den Landesgesetzgeber heran und fordert eine Novellierung des Steiermärkischen Betreuungsgesetz mit dem Ziel, dass künftig ausschließlich nicht gewinnorientierte und fachlich kompetente Trägerorganisationen mit der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen AsylwerberInnen beauftragt werden. Und als Zweites, weiters wird der Landesgesetzgeber aufgefordert, mit einer entsprechenden Übergangsphase die derzeit bestehende Betreuung unbegleiteter minderjähriger AsylwerberInnen durch gewinnorientierte Einrichtungen zu beenden und in eine Betreuung durch nicht gewinnorientierte, fachlich kompetente Trägerorganisationen zu überführen.

Bevor ich jetzt die anderen Kollegen bitte, sich zu Wort zu melden: Ich möchte schon eines festhalten, dass eine Kollegin den Gemeinderatssaal verlässt, obwohl ich mich innerhalb einer Diktion geäußert habe in der letzten Sitzung, die weder untergriffig

noch sonst was war, ich selbst, wie Sie wissen, bin katholische Theologin und dort ist etwas ganz wichtig und das ist die Option für die Armen und die ist, meines Erachtens das letzte Mal ganz deutlich verlassen worden als Position der ÖVP. Ich bin froh, wenn ich nach der heutigen Geschichte Unterstützung finde, ich bin froh über jegliche Regungen in diese Richtung, aber sind wir ehrlich, christlich sozial war dieses Verhalten nicht und deswegen, ich kann das in dieser...

*Zwischenruf unverständlich.*

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Nein, sage nicht, dass ich die moralische Instanz bin, das steht mir überhaupt nicht zu, das wäre ein bisschen Größenwahnsinnig und ich hoffe, davon bin ich noch weit entfernt. Aber es wurde vor kurzem herinnen durch die Kollegin Schröck die Ingrid Lechner-Sonnek der Lüge bezichtigt, weil sie gesagt hat, dass 8,5 Millionen Euro im Behindertenbereich eingespart werden würden. Wie Sie wissen, letzte Woche, vorletzte Woche, hat es massive Aussendungen dazu gegeben, auch die Plattform ist aufgetreten, das ist bestätigt worden. Sie haben uns damals auf dem Antrag vom Kollegen Vargas hin einen Brief vorgelesen vom Schrittwieser, wo er gesagt hat, diese Zahlen stimmen nicht, Lüge. Wenn ich darauf hinweisen darf, wie die Debatte gelaufen ist zur Parteienförderung, das war vorbeischrämmend, wirklich vorbeischrämmend...

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Bitte jetzt schon wieder thematisch zum dringlichen Antrag zu kommen, Frau Kollegin.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Ich komme gerne dazu zurück, indem ich sage, es geht schon auch um eine moralische Grundhaltung da herinnen im Gemeinderat und mir das Bummerl umzuhängen und beleidigt zu reagieren und die Arbeit zu verlassen, den Gemeinderat zu verlassen, wenn man eine Diktion nicht aushält, da wünsche ich mir schon ein bisschen eine Verbesserung für einen Diskurs da herinnen. Danke (*Applaus Grüne*).

***Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Das werden Sie entscheiden?***

GR. **Grossmann** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin mir nicht sicher, ob wir momentan in der Grundverfassung sind, hier herinnen im Saal über den Antrag zu reden, weil es scheinbar eine andere Fragestellung gibt, die derzeit im Vordergrund steht, die steht aber nicht zur Debatte als solche. Obwohl in der Gruppendynamik lernt man ja, dass Störung immer Vorrang hat, also ich denke, es wäre sicherlich notwendig und dringend erforderlich, dass es hier auch ein Gespräch gibt, vielleicht nicht im Gemeinderatssaal, aber außerhalb des Gemeinderatssaales, um diese Unstimmigkeiten zu klären, weil ich glaube, dass die gemeinsame Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz wichtig ist und dass wir dafür auch Sorge tragen müssen, dass wir uns in unseren Gepflogenheiten und im Umgang miteinander auch entsprechend würdig dem Gemeinderat würdig und unserer Aufgabe würdig, verhalten, deshalb würde ich jetzt ganz gerne zu dem Antrag kommen (*Applaus SPÖ*), der uns hier vorliegt. Grundsätzlich, liebe Frau Kollegin, sehen wir das sehr positiv, dass hier die Sorge sozusagen und die entsprechende gute Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Fremden, wie es im Gesetz heißt, bei euch im Vordergrund stehen. Wir haben Kontakt aufgenommen mit dem zuständigen

Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser und haben uns hier auch die Unterlagen zukommen lassen, wie die momentane Situation sich darstellt. Wir wissen, dass wir von heute auf morgen 300 unbegleitete minderjährige Fremde zu betreuen gehabt haben vor kurzer Zeit, wir waren damals dankbar im Land Steiermark, dass es hier Institutionen gegeben hat, die bereit gewesen sind, diese unbegleiteten Minderjährigen aufzunehmen, zu betreuen und zu versorgen, das ist gut so. Aber viel wichtiger ist es, dass diese Versorgung auch entsprechenden Qualitätsstandards unterliegt. Dafür gibt es jetzt die Rahmenrichtlinien zur Unterbringung im Rahmen der Grundversorgung in der Steiermark, die auf viele wichtige Dinge eingeht, wo es eine klare Regelung gibt, dass jede Einrichtung ein individuelles Betreuungskonzept vorzulegen hat, dass Nacht- und Wochenenddienste vorgehalten werden müssen, dass alle MitarbeiterInnen mit der entsprechenden Qualifikation, etwa pädagogische MitarbeiterInnen, Personen mit psychosozialer Ausbildung etc., vorhanden sein müssen. Es steht weiter genau drinnen, für jeden neu angekommenen unbegleiteten Minderjährigen ist der allgemeine Gesundheitszustand abzuklären, also hier kümmert man sich sehr intensiv um diese Fragestellungen. Es ist der Raumbedarf geregelt, es gibt Mindestanforderungen für die Räumlichkeiten, Einzelzimmer sind genau geregelt, wie eigentlich im Bereich auch der Betreuung von Pflegebedürftigen. Es gibt einen Betreuungsschlüssel in der Wohngruppe 1 : 10, im Wohnheim 1 : 15, im betreuten Wohnen 1 : 20, es gibt genau geregelte Tagsätze für die Versorgung, es gibt eine genaue Regelung der Aufteilung, der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 30 % pädagogische MitarbeiterInnen, 40 % Personen mit psychosozialer Ausbildung etc. Dass es immer natürlich zu Verbesserungen wichtig ist, auch die Diskussion aufrechtzuerhalten, sei uns unbenommen. Wir sind als Sozialdemokratie der Auffassung, dass die Diskussion weiter geführt werden muss, dass die Standards weiter verbessert werden müssen, dass wir das auch entsprechend unterstützen, dass wir aber glauben, dass die Rahmenrichtlinien, wie sie derzeit vorliegen, und die Vorgangsweise, die das Land Steiermark in der Abwicklung und Umsetzung dieser Rahmenbedingungen hat, derzeit für ausreichend erscheint und stehen natürlich für

die zukünftigen Diskussionen zur Verfügung, werden aber deshalb der Dringlichkeit des Antrages nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther**: Sehr geehrte KollegInnen! Ich möchte jetzt nur was zum Antrag sagen. Wir finden den Antrag, Rahmenrichtlinie hin oder her, trotzdem für dringlich und werden dem gerne zustimmen. So eine Initiative ist sehr gut und sehr unterstützenswert, weil es einfach so wichtig ist, dass diese Jugendlichen gut betreut werden und ihre Traumata, auch wenn sie sie nicht verarbeiten können, so gut wie möglich aufzuarbeiten, weil sie sich ja hier auch eine Zukunft aufbauen wollen und gut integriert werden sollen und deswegen werden wir den Antrag gerne unterstützen (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher**: Wir unterstützen die Dringlichkeit ebenso. Uns ist es sehr wichtig, dass Fairness bei den Asylverfahren herrscht und deshalb ist es ganz wichtig, dass die Asylverfahren beschleunigt werden. Wieso kommen so viele unbegleitete Jugendliche eigentlich zu uns, frage ich mich? Oder gleich 300 auf einmal, ist das Schlepperei? Oder ist das Angebot so attraktiv bei uns? Das Angebot ist recht attraktiv, meiner Meinung nach und die Situation; laut bundesweiter Statistik 2012 haben wir 1.781 Asylanträge von unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen gehabt. Das ist bei einem Tagessatz von 70 Euro sind das 45 Millionen Euro im Jahr. Dieses Geld würde ich persönlich lieber in Familienpolitik oder in Zukunftsperspektiven für die Jugend investieren (*Applaus FPÖ*) gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Trotzdem die Betreuung der unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen ist wichtig, es darf aber keinesfalls eine lukrative Finanzierung für gut durchdachte Geschäftsmodelle von Privaten sein, noch dazu finanziert durch die öffentliche Hand. Es ist unsere Verantwortung, dass wir

qualitätsgesicherte fachliche und kompetente Einrichtungen und Trägerorganisationen damit beauftragen, damit Dealen von Drogen und sonstige illegale Aktivitäten kein Thema sind (*Applaus FPÖ*). Sehr interessant wäre es für mich noch, wenn der Freiheitliche Klug diesen Antrag gestellt hätte, was dazu gesagt worden wäre, eventuell der Begriff Hetze (*Applaus FPÖ*)?

GR. **Rajakovics**: Es wäre dringlich, darüber abzustimmen. Ich glaube aber, dass es tatsächlich, auch wenn es um Inhalte geht, auch kein Problem wäre, einmal auch einzugestehen, dass man kollektiv die ganze ÖVP als moralisch verwahrlost zu bezeichnen, dass man das vielleicht nicht ganz so gemeint hat, weil es hat immerhin dazu geführt, dass dein Vorsitzender, nicht deiner, sondern der jungen Grünen, uns gleich kollektiv als Arschlöcher bezeichnet hat im Internet...

*Zwischenruf StR.<sup>in</sup> Rücker: Er hat sich entschuldigt.*

GR. **Rajakovics**: Ja, er hat es dann zurückgenommen, stimmt. Es wäre an und für sich schon angebracht, einmal zu sagen, in der Hitze des Gefechtes habe ich mich geärgert, ich unterstelle euch nicht allen, dass ihr moralisch verwahrlost seid. Aber zur Sache. Faktum ist, dass tatsächlich der Zuzug und das Unterbringen von minderjährigen Asylwerbern in Graz überproportional war im Vergleich zu allen andere österreichischen Bundesländern, auch zu Wien, wenn ich es zur Bevölkerungszahl nehme. Der Hintergrund war, dass es dort scheinbar auch ein sehr lukratives Angebot gegeben hat eines privaten Betreibers, der gesagt hat, ich bringe

die auch alle unter. Damit, ich habe das eh beim letzten Mal auch beim dringlichen Antrag entsprechend erläutert, und damit viele 100.000 Euro schon verdient hat. Es hat ein Gespräch gegeben bezüglich der Unterbringung, bisher ist noch nicht alles passiert, was da so vereinbart war, auch mit dem Kollegen Schrittwieser, nämlich vor allem, es sind zwar weniger jugendliche Minderjährige, aber von dem, was wir gesagt haben, in einem Bezirk nicht mehr als 60 in einem Haus und dann ein entsprechender Abstand, sind wir im Bezirk Lend halt meilenweit entfernt, aber da scheint es Schwierigkeiten zu geben, solche Verträge... Ich bin mir auch nicht sicher, ob der Kollege Schrittwieser alles weiß, was so in seinem Referat passiert. Im Moment wird gerade verhandelt mit den Trägern, dass sie Jugendliche unterbringen, aber man will statt 18 Euro Betreuungsgeld inklusive Essen und, und, und Deutschkurse, was man alles machen will, bietet man nur mehr 12 Euro. Die Wahrscheinlichkeit ist sehr groß, dass Träger, die ein bisschen ein Hirn haben und wissen, was es kostet, mit Jugendlichen zu arbeiten, ihnen Deutsch beizubringen, schauen, dass sie die Schule vielleicht noch fertigmachen, dass es ganz schwierig sein wird, dass man eben einen findet, der um 12 Euro anbietet, da müssen wir leider, weil die freien Träger das nicht annehmen das Angebot, müssen wir leider doch wieder auf die Privaten zurückgreifen, die das halt finanziell auch zu 12 Euro machen, weil denen vollkommen wurscht ist, was die Jugendlichen machen, ob sie im Volksgarten dealen gehen oder nicht, die sollen machen, was sie wollen, er kassiert die 12 Euro ein, die kriegen ein Bett in einem Mehrbettzimmer, irgendein Essen wird auch zu organisieren sein um das Geld und so wird es sich abspielen. Daher ist dieser Antrag dringlich, weil im Moment ganz was anderes läuft, es läuft nämlich genau in die Gegenrichtung davon, was wir wollen, dass nämlich gerade Jugendliche von Leuten untergebracht werden, die dann auch schauen, dass die in irgendeiner Form den Zustieg in unsere Gesellschaft schaffen. Dazu ist es halt einmal notwendig, dass letztlich auch Deutschkurse usw. gerade bei den Jugendlichen stattfinden. Um 12 Euro Tagsatz Unterbringung, Verpflegung, Betreuung etc. brauchen wir gar nicht reden, jeder, der irgendeine Ahnung hat, was auch ein Jugendgästehaus nur kostet,

weiß, dass das nicht möglich ist. Also im Moment läuft genau das Gegenteil von dem, was wir uns vorstellen, deshalb ist auch der dringliche Antrag wichtig und auch im Sinne eines sehr wichtigen Antrages fällt niemand einem Stein aus der Krone, auch einmal zu sagen, dass das vielleicht etwas zu scharf formuliert war. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR.<sup>in</sup> **Rücker** zur Geschäftsordnung: Ich möchte zur Geschäftsordnung mich melden, weil hier doch ein Unterschied, und es war ja ein schönes Beispiel, ein Unterschied noch einmal zu machen ist zwischen dem, was eine Beleidigung ist und einer Aussage, die nicht angenehm ist. Du hast die Beleidigung von Cengiz Kulac angesprochen, die ich auch als Beleidigung definiert habe und wo die Partei sich auch ganz deutlich distanziert hat und die er zurückzunehmen hat. Das ist mir ganz eine eindeutige Sache. Das andere, dass es letztes Mal im Gemeinderat hier hitzig zugegangen ist, das bestreitet niemand und dass hier eine Aussage getroffen wurde, die eine Wertung beinhaltet, das stimmt, aber es war keine Beleidigung, die unter der Gürtellinie war. Wir haben hier herinnen schon viele, gerade, Gerda Gesek, wenn ich dich anschau, wir haben hier herinnen schon viele Erlebnisse gehabt, wo tatsächlich massiv unter der Gürtellinie agiert wurde und ich möchte mal, dass man unterscheidet zwischen einer Beleidigung und einer Aussage, die zwar wertend ist, aber nicht angenehm ist und diese Aussage von meiner Kollegin Astrid Polz-Watzenig beim letzten Gemeinderat war eine unangenehme Wertung, das war so in der Hitze des Gefechtes, nicht gut angekommen bei der ÖVP, das mag so sein, aber es war keine persönliche Beleidigung.

***Zwischenruf GR. Stöckler: Es ist beides nicht nötig.***



GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Ich möchte nur ganz kurz auf das eingehen, was die Kollegin Schönbacher gesagt hat, bezüglich, wenn sie den Antrag gestellt hätten. Sie haben den Antrag gestellt auf Landesebene, dort auch die Unterstützung unter anderem der Grünen erhalten. Also es ist nicht so, dass es, wenn sinnvolle Geschichten passieren, man nicht auch einmal gemeinsam was bestimmen kann. Die Argumentation, dass so viele zu uns kommen, weil es bei uns so ist, ich meine das ist einfach FPÖ-Diktion, dazu sage ich einfach nichts, weil das ist nur bedauerlich, aber vielleicht darf ich Sie einladen, einmal in die Keplerstraße zu gehen und die Heime aufzusuchen. Zu dem, was Kollege Grossmann gesagt hat, ich weiß, dass diese Rahmenrichtlinie im Umlauf ist, beschlossen worden ist, die Frage ist, wer kontrolliert das, wer kontrolliert, dass die Kriterien eingehalten werden? Was ich weiß, ist sowohl in der Jugendwohlfahrt es schwierig, diese Kriterien zu kontrollieren, es ist auch die Bereitschaft auch nicht unbedingt vorhanden, es wird vorgesehen, weniger aufzunehmen und nur noch 40 Leute pro Heim zu haben, aber das ist in der Weise noch nicht umgesetzt, weil es unter Führungszeichen nicht „lukrativ“ ist, andere können das schon sehr lange sehr gut. Ich denke an die Diakonie, auch an die Caritas, ich habe diese Heime besucht und habe auch gesehen, was den Unterschied ausmacht und bin von dem her sehr froh und sehr dankbar auch, dass auch die Kollegen der österreichischen Volkspartei heute diesen Antrag unterstützen. Ich schätze auch ihre Einstellung in diesem Bereich und kenne einfach den Thomas Rajakovics auch schon von meiner vorherigen Arbeit, ich weiß einfach, dass da auch eine klare Linie in diesen Fragen vorhanden ist, dafür sage ich danke. Ich hoffe, dass die Petition auch auf Landesebene Fuß fassen wird, dass es weitere Diskussionen geben wird, weil nur Verordnungen zu erlassen jetzt auch, wie es der Kollege Schrittwieser tut und nicht hinzuschauen, was im Landesflüchtlingsreferat läuft und darüber hinaus, das ist zu wenig, da würde es mehr brauchen. Danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.***

GR. **Hohensinner** zur Geschäftsordnung: Also mir ist es jetzt auch wichtig, dass was der Michi Grossmann angesprochen hat, dass man das jetzt ausräumen das Problem und mir ist im Gegenzug vorgeworfen worden, dass ich den Gerhard Wohlfahrt der Lüge bezichtigt hätte. Ich kann mich zwar nicht erinnern, aber wenn es so war, nehme ich das zurück, das waren Zahlen, die aus meiner Sicht falsch waren, die du an die Zeitung weitergegeben hast, aber das mit der Lüge nehme ich zurück und ich möchte nicht, dass wir das gleiche Klima haben wie in der letzten Periode da im Haus. Ich hätte gerne, dass wir das ausräumen. Ich fordere das gegenüber der grünen Partei auch, sich zu entschuldigen, weil das, was die Frau Stadträtin gesagt hat, ist subjektiv. Also wir haben uns da schon betroffen gefühlt, eine Verwahrlosung der Moral, das vorgeworfen zu bekommen, ist aus unserer Sicht einfach ein Riesenvorwurf, das können wir so nicht stehen lassen und ich fordere einfach im Sinne des Klimas die Frau Gemeinderätin jetzt auf, sich bei der ÖVP-Fraktion zu entschuldigen. Jetzt ist Gelegenheit dazu.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Irgendein Kollege hat mir jetzt zugerufen, dass Vorweihnachtszeit ist und die Adventengerl fliegen tief.

***Zwischenruf unverständlich.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Naja, es ist ja das schon und noch nicht, also schon, vielleicht entschuldigt und noch nicht entschuldigt. Also zur Sache. Lisa Rücker hat das sehr genau ausgeführt. Was ich jetzt persönlich tun möchte, weil mir dieses Klima da herinnen wichtig ist, ich möchte es in der Weise zurücknehmen, dass es vielleicht in der Schärfe Einzelne sehr getroffen hat, die sich sehr engagieren. Einzelnen hat es gegolten und in dieser Debatte, glaube ich nach wie vor, dass es die richtige Wortwahl und Wortmeldung war. Ich bin noch nicht so lange in diesem Gemeinderat und...

*Zwischenruf GR. Hohensinner: Was ist, nimmst du es zurück oder nicht?*

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Darf ich einmal ausreden? Ich bin noch nicht so lange in diesem Gemeinderat, ich hoffe sehr, dass ich eines Besseren belehrt werde, aber es gibt da herinnen Debatten, die sind moralisch verwahrlost und deswegen tue ich mir wahnsinnig schwer, das in der generellen Beurteilung für diese letzte Sitzung zurückzunehmen, ich kann es zurücknehmen im Hinblick auf einzelne ÖVP-Menschen, ich kann es zurücknehmen auf die Personen, gerne, auf die Debatte...

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Die ÖVP ist verwahrlost, was soll man da sonst verstehen?*

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Die ÖVP ist verwahrlost auf die Aussage auf die Betteldebatte, in der Betteldebatte im letzten Gemeinderat war das ein moralisch verwahrlostes Bild, das wurde auch nicht nur von mir so gesehen. Ich kann insofern das einschränken, dass ich sage, ich gehe davon aus, dass nicht generell die ÖVP verwahrlost ist...

*Zwischenrufe unverständlich.*

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: In der Betteldebatte, ich hoffe, dass es in der Betteldebatte nie mehr so umgehen wird wie das letzte Mal, dass wir längerfristig... Um des lieben Friedens willen, ich habe kein Problem damit, mich, wenn ich jemandem zu nahe getreten bin, mich dafür zu entschuldigen. Ich hoffe, das ist so angekommen. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Ich möchte eines festhalten, ich wünsche, dass künftig solche Debatten nicht mehr im Zuge einer Gemeinderatssitzung stattfinden, das war ein Vorfall in der letzten Sitzung. Ich glaube, es sind alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte erwachsen genug, dass sie sich das nach einer Sitzung ausreden müssen, dass da nicht fünf Leute zum Mikrophon gehen müssen und sich gegenseitig irgendwas an den Kopf werfen müssen. Ich glaube, das ist das hohe Gremium des Gemeinderates und da haben wir die Stücke und die Anträge zu behandeln und nicht wer auf wen warum beleidigt ist (*Applaus SPÖ*).

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

## **6) Grazer Fernwärme muss ökologischer und versorgungssicherer werden**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Situation um die Grazer Fernwärme ist dramatisch bestellt. Wenn Sie die Medien in den letzten Wochen, in den letzten Tagen gelesen haben, dann werden Sie sehen, dass in sechs Jahren die Südleitung kalt sein wird und dass es sein kann, dass 50.000 Haushalte in Graz auch kalt sind. Ich warte nur ein bisschen, bis sich das beruhigt hat, weil scheinbar ist das ökologische Thema nicht so interessant und die Kolleginnen und Kollegen müssen da rausgehen. In meinem dringlichen Antrag geht es darum, dass die Fernwärme ökologischer und auch versorgungssicherer werden muss. Sie wissen ja, dass die Stadt Graz große Pläne verfolgt, bis 2030 soll der Anteil der an Fernwärme versorgten Haushalte von 40% auf 60% erhöht werden und wir leisten damit wirklich einen sehr wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und besonders zur Feinstaubreduktion im Heizungsbereich. Es gibt Förderaktionen, für die Sie immer wieder hunderttausende Euros beschließen, damit die Menschen auf Fernwärme umstellen und wir haben es geschafft, mit dem Fernwärmeanschlussauftrag nach wirklich zähen Verhandlungen mit dem Land auch eine Möglichkeit zu eröffnen, in bestimmten Stadtgebieten den Umstieg auf Fernwärme zu verordnen. Der Grazer Fernwärmemix sieht so aus, dass derzeit der Großteil aus dem Kohlekraftwerk in Mellach kommt, ein kleinerer Teil aus der KWK-Anlage in Thondorf und zirka 40 GWh industrielle Abwärme aus der Marienhütte. Das heißt, dass 92% der Wärme aus KWK-Anlagen oder Industrierwärme kommt. Sie erinnern sich alle, im Jahr 2005 wurde angekündigt,

dass der Verbund in Mellach zwei große Gas- und Dampfblöcke baut und die Begründung für die Standortwahl war auch damals, dass Graz in der Nähe ist, als Wärmesenke zur Verfügung steht, das heißt, dass die Fernwärme über eine Fernwärmeleitung nach Graz geliefert werden soll. Das Kraftwerk ist mittlerweile fertig, es ist ein hocheffizientes Kraftwerk, das sowohl Strom erzeugt und Fernwärme auskoppelt, wobei das tut sie leider sehr selten, deshalb habe ich in meinem Antrag auch geschrieben, dass wir aus dem neuen und hocheffizienten Gaskraftwerk in Mellach kaum Fernwärme in Graz gesehen haben. Eine weitere Option wäre eben die Nutzung der Abwärme aus der Papierfabrik Sappi, da hat es ja Verhandlungen gegeben eine Zeit lang, 18.000 Haushalte könnten damit versorgt werden, speziell im Grazer Norden natürlich, das hätte auch eine sehr positive Auswirkung auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz und auch auf die NO<sub>x</sub>-Bilanz, wo wir uns 18.846 Kilogramm pro Jahr sparen würden. Ich möchte auch die Geschäftsführer der Energie Graz zitieren, die gesagt haben, dass die Sappi-Option ökologisch unschlagbar ist. In meinem dringlichen Antrag gibt es auch eine Grafik dazu. Aus einer Studie der Grazer Energie-Agentur, die eindrücklich zeigt, welche Emissionsreduktionen durch diese Abnutzung möglich sind. Im Sommer 2013 gab es einen nächsten Anlauf seitens der Holding Graz, seither ist es aber um dieses ambitionierte Projekt leider still geworden (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*), offensichtlich konnte man sich mit Sappi nicht einigen, wobei aus dem Hintergrund auch zu hören war, dass der Landesenergieversorger ESTAG da heftig blockiert hat, weil jede Megawattstunde, die von Sappi käme, natürlich heißt, dass weniger Fernwärme von der ESTAG abgenommen wird. Unter dem Strich ist also die Grazer Fernwärme derzeit schlechter als geplant und angekündigt. Ich möchte daran erinnern, dass wir in den Jahren 2008 bis 2013 rund 7,5 Millionen Euro an Fernwärmeförderungen ausgeschüttet haben und zwar als Stadt Graz, zusätzlich von 3,30 vom Land Steiermark, das heißt in Summe sind das fast 11 Millionen Euro und dass es uns nicht egal sein kann, wie die Grazer Fernwärme aussieht, wenn wir zu viele Menschen davon überzeugen, an die Fernwärme anzuschließen.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt möge beschließen:

- 1) Die Stadt Graz bekennt sich im Sinne des Motivenberichts zum Ziel einer qualitativen Verbesserung der Zusammensetzung der Grazer Fernwärme und Erhöhung der Versorgungssicherheit durch verstärkte Nutzung von Abwärme bestehender Industriebetriebe, allen voran der Firma Sappi in Gratkorn.
  
- 2) Bürgermeister Nagl, der bisher von Seiten der Stadt Graz die Verhandlungen mit Sappi geführt hat, wird auf Basis des bereits unterzeichneten Letter of Intent beauftragt, die Gespräche mit der Firma Sappi wieder aufzunehmen, um ehe baldigst eine Lösung im Sinne des Motivenberichts zu finden und dem Grazer Gemeinderat bis Februar 2014 über den Verlauf der Gespräche zu berichten.
  
- 3) Das Umweltamt der Stadt Graz wird ersucht, im ersten Quartal 2014 beziehungsweise nach Vorliegen des Arbeitsberichtes „Wärmeversorgung Graz 2020/2030“ dem Gemeinderat einen Informationsbericht über Szenarien der Grazer Fernwärmeversorgung in den kommenden 5, 10 beziehungsweise 20 Jahren vorzulegen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.25 Uhr den Vorsitz.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf vielleicht persönlich auch dem Gemeinderat und in dem Fall der Kollegin Rücker auf der Regierungsbank erzählen, der Kollege Eustacchio ist auch noch im Raum, was sich in den letzten Wochen auch auf Landesseite bei unseren Energieversorgungsunternehmungen abgespielt hat, um Ihnen auch ein bisschen klar zu erzählen, was wir da vorbereitet haben. Und wenn ich sage wir, möchte ich anmerken, dass ich eingeladen war, Landeshauptmann Mag. Franz Voves, Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer haben vor einigen Wochen mich einmal informiert darüber, dass es von Seiten des Verbundes ein Angebot an die ESTAG gibt betreffend Fernwärmeversorgung von Mellach, ob nicht die ESTAG verstärkt einsteigen möchte. Bislang war es so, dass der Verbund 80% am Unternehmen VTB gehalten hat und das steirische Energieunternehmen 20%. Man muss auch wissen, dass wir in Mellach unterschiedliche Anlagen haben, sodass wir mit allen fossilen Brennstoffen jeweils heizen können beziehungsweise auch Strom erzeugen können. Ob das Kohle ist, ob das Öl ist oder ob das Gas ist. Wir wissen auch alle, dass eine enorme Kraftanstrengung unternommen wurde, um die technisch ausgereifteste Gasanlage zur Produktion von Strom zu schaffen, gleichzeitig Wärme auszukoppeln. Dieses Projekt, wurde, wenn ich so sagen darf, immer sehr gut vorbereitet auch von den Kennzahlen her, allerdings ist dieses Projekt im Laufe des Bauvorhabens und vor allem jetzt in den letzten Monaten durch die Marktturbulenzen und Veränderungen am Strommarkt einerseits und den hohen Gaspreisen mit den langen Lieferverträgen, die vor einigen Jahren ja noch gut ausgesehen haben, weil da war eher die Tendenz, man muss rechtzeitig Vorsorge treffen, dass der Gaspreis nicht noch weiter steigt, overrult wurden. Wenn man es jetzt genau betrachtet, bedeutet das, dass ein Gaskraftwerk im Süden von Graz nur mit Verlusten betrieben werden kann, weil der Gaspreis relativ hoch ist und der Strompreis aufgrund der deutschen Strompolitik um 50% in etwa eingebrochen ist. Damit ist die VTB, wenn ich so sagen darf, ganz, ganz schlecht wirtschaftlich aufgestellt und man musste dieses Gaskraftwerk auch aufgrund der Vorausschau jetzt zur Gänze abschreiben und das hat zu enormen volkswirtschaftlichen Verlusten



geführt. Das Kraftwerk steht jetzt unten und die VTB, sprich der Verbund, hat die ESTAG, wenn ich so sagen darf, hier in die Pflicht nehmen wollen. Das steirische Energieunternehmen hat darauf reagiert, hat klar gesagt, dass sie das nicht möchte und dass die Verantwortung auch beim Bund bleibt, der Bund hat als Eigentümer über die VTB auch viele Jahre sehr gut unten verdient, jetzt hat sich das Blatt gewendet und deswegen geht es uns einmal in erster Linie um Versorgungssicherheit für die Zukunft, das ist ein Teil. Das heißt, die ESTAG hat gesagt, wir steigen aus dem Vertrag aus, 100%-Eigentümer ist jetzt der Verbund. Was der Verbund tatsächlich in diesen Kraftwerken tun wir, im Moment produzieren wir ja mit Kohle Strom, aber auch das führt zu Verlusten, die enorm sind, das kann noch niemand so ganz genau sagen, weil das kann auf der einen Seite Käufer geben, es kann auf der anderen Seite auch zu Teilverkäufen kommen, es kann unter Umständen auch die Gasturbine nur ausgebaut werden und in der Zwischenzeit verkauft werden, also da gibt es sehr, sehr viele Möglichkeiten. Wir haben dann im Land Steiermark besprochen, wie gehen wir denn da gemeinsam vor. Wichtig ist einmal, dass wir eine Zusicherung haben die nächsten sieben Jahre, dass wir zu diesen Preisen auch Fernwärme beziehen können. Vielleicht ändert sich der Markt wieder, ich glaube nur nicht mehr dran, dass im Jahr 2020 mit fossilen Brennstoffen unter Umständen dann auch noch mit CO<sub>2</sub>-Abgaben in punkto Zertifikate das wirklich wirtschaftlich zu betreiben ist und deswegen sollte man die Chance nutzen, möglichst bald eine Alternative zu haben. Die Alternativen sind sehr, sehr vielseitig und es war ein Vorschlag von mir, der wurde auch angenommen und es gab auch ein erstes Informationstreffen da, dass wir es jetzt schaffen, das Thema Fernwärme für Graz komplett neu aufzustellen, auch für die ESTAG neu aufzustellen. Wir haben künftig in einer Arbeitsrunde, ich habe Frau Stadträtin gestern auch informiert, wir haben künftig in einer Arbeitsgruppe den Herrn Papousek, den wir gut kennen mit der Grazer Energie Agentur, der beauftragt wird, namens des Landes, namens der Stadt und namens unserer Energieunternehmungen einen Plan zu entwickeln und zu entwerfen, wie denn Graz bestmöglich und auch Teile der Steiermark bestmöglich mit Fernwärme versorgt

werden können. Da ist mit dabei dann auch unser Umweltamt, in dem Fall unser Abteilungsleiter Dr. Prutsch, es werden mit dabei sein in diesem Team, auch auf meinem Wunsch hin, die drei Universitäten, die einen Beitrag liefern und leisten können, weil ich auch nicht mehr nur die Entscheidungen der Energieversorgungsunternehmungen da mit an Bord gerne hätte, sondern auch das gesamt Know-how unserer Universitäten. Alle Drei, Universitätsrektorin plus die beiden Rektoren, haben zugesagt und sind in der Arbeitsgruppe künftig vertreten, es ist das die Karl-Franzens-Universität durch die Rektorin Neuper, es ist die Technische Universität durch den Rektor auch vertreten, aber auch die Montanuniversität Leoben. Die werden eigene Teams zusammenstellen auf universitärer Seite und die werden dann in dieser Expertengruppe mit den Energieversorgungsunternehmen darüber nachdenken, wie wir den in punkto Versorgungssicherheit, in punkto Preis, aber auch in punkto Ökologie eine bessere Lösung finden als die, die wir jetzt haben. Und ich möchte Ihnen auch sagen und das ist das, was ich jetzt vor allem der Frau Kollegin Pavlovec-Meixner sagen möchte, die ich ja als Mitstreiterin in der Frage, was können wir gegen Feinstaub durch den Hausbrand tun, was können wir tun, damit die Wärme möglichst günstig, aber auch möglichst ökologisch sauber ist, was können wir da gemeinsam tun? Und das, was Sie hier, den dringlichen Antrag, den Sie gestellt haben, der passt jetzt nicht mehr in die Entwicklung, die wir da haben. Und zwar erstens, wenn es um Sappi geht, haben die Energieversorgungsunternehmen im Moment beschlossen, diese Investition, die wahrscheinlich über 30 Millionen Euro kosten und wo Sappi bislang nicht bereit war, auch in Investitionskosten miteinzusteigen, nicht zu tätigen, weil wir auch keine Bestandssicherung durch Sappi bekommen. Ich möchte das durchaus sagen, wir haben bei Roche erlebt, wie schnell eine Entscheidung fallen kann, dann hätten wir unter Umständen eine zweite Leitung, wo am anderen Ende vielleicht keine Versorgungsgarantie da sein kann. Das heißt, Sappi hat uns bis heute nicht garantieren können eine Bestandsgarantie, man legt dann eine Leitung um 30 oder mehr Millionen Euro hin und man kann nicht sagen, ob in fünf Jahren auch wirklich noch auch in dem Wettstreit der Papierindustrie, im

Wettstreit der Energiepreise, den wir weltweit haben, auch wirklich dieses Werk noch da sein wird. Aber es soll, wenn ich so sagen darf, in diesen Überlegungen noch miteinbezogen werden, die Energie Steiermark hat uns klar mitgeteilt, dass sie bei einer solchen Investition nicht dabei sind und dass sie die, wenn wir das bauen, rein bei Energie Graz überlassen müssten, das heißt, ESTAG ist da schon ausgestiegen und ist nicht mehr dabei, das sollen Sie auch heute da erfahren. Das heißt, es ist relativ schwer, jetzt dem dringlichen Antrag zu entsprechen, wenn wir eigentlich wissen, dass man momentan auch durch einen neuen Arbeitskreis auf das aufsetzen, was die Frau Stadträtin Lisa Rücker gemeinsam mit dem Herrn Dr. Prutsch sowieso schon in Arbeit hat und darauf hinarbeitet. Wenn ich so sagen darf, es wird keine Tabus geben, ob das in Richtung Hackschnitzelheizungen, ob das in Richtung Verteilung ist, inwieweit die Puchstraße wirklich mit dabei ist, auch da heute Fehlmeldungen einer Zeitung, die Puchstraße gehört nicht der Energie Graz, die gehört zur Gänze dem steirischen Versorgungsunternehmen, also da war heute auch einmal eine Falschmeldung drinnen. Meine Bitte ist, ab Jänner wird diese Arbeitsgruppe zwischen Land, Stadt und den Energieversorgungsunternehmen und unseren Universitäten beginnen, aus dem Grund bitte ich einfach, dass dieser Antrag zurückgezogen wird oder eben auch um Verständnis, wenn wir sagen, er ist nicht dringlich, weil wir können ihn in diesen Punkten de facto auch gar nicht erfüllen. Wenn wir im Jänner mit der Gruppe anfangen, können wir nicht im ersten Quartal auch schon alles abliefern, wo die Zukunftsreise wirklich hingehen soll. Wir haben sieben Jahre Zeit, das ist auf der einen Seite aber auch wieder nicht die Welt, wenn man weiß, wie lange auch Investitionen gerade im Wärmebereich oder im Stromversorgungsbereich dann tatsächlich auch von Verfahren etc. brauchen. Eines ist gewiss, die Energie Steiermark hat die Absicht zu investieren, das wurde auch sehr, sehr deutlich in der Presseaussendung den Medien und uns schon bekanntgegeben und ich denke, je schneller wir sind, umso eher wird bei einer tatsächlichen Schließung von Mellach auch der Verbund mithelfen mit Investitionen, weil sie dann auch die enormen Verluste, die sie im Moment haben, dann auch nicht mehr hätten. Also die Chance ist

groß, es wollen sich alle gemeinsam anstrengen und ich darf den Gemeinderat ersuchen, diesen Bericht von mir auch zur Kenntnis zu nehmen. Mit Jänner geht die große Gruppe mit den Universitäten los, war auch schon des Öfteren im Gemeinderat von manchen von Ihnen ein Wunsch zu sagen, es dürfen nicht immer nur die Energieversorgungsunternehmen das planen, Politik muss sich wieder einmischen und ich glaube, dass es sehr gut ist, wenn sich auch die Universitäten mit dem Letztstand der Technologie einmischen. Montan-Universität ist deswegen auch wichtig, weil wir ja auch über die Tiefenwärme etc. also sprich über alles mit der Geothermie usw. machen könnten, dann die wirklichen Experten des Landes bei uns hätten. Aus dem Grund ist für meine Fraktion, für die ÖVP, der Antrag nicht dringlich, hat aber schon auch sehr stark mit den Inhalten zu tun, die Sie da vorgeben (*Applaus ÖVP*).

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Wir diskutieren das Thema, wie es mit der Fernwärme in Graz weitergeht, ja schon länger, auch der Bürgermeister und ich, und ich bin prinzipiell einmal froh, dass jetzt versucht wird, wirklich einmal alles in eine Richtung, nämlich in eine Variantenprüfung und in eine Richtung fortzubewegen. Weil ich kann mich erinnern, wir haben noch vor zwei Jahren hier, nicht da herinnen, aber auch sonst öffentlich auch darüber diskutiert, ob eine zweite Fernwärmeleitung nach Mellach, Sie können sich genau erinnern, wo wir ganz stark davor gewarnt haben damals. Es wäre gut, wenn wir zu einer gemeinsamen Strategie kommen, dazu ist natürlich auch wichtig die richtige Kommunikation, das heißt, es wäre sehr sinnvoll, und deswegen ist der Antrag auch dringend hier im Gemeinderat immer wieder auch zu berichten, bevor wir da anfangen wieder bestimmte Themen, ob das jetzt die Geothermie ist usw. wir müssen aufpassen, dass wir keine Luftschlösser bauen, es wird ein sehr schwieriges Unterfangen werden, ein Kombinationspaket zu haben, das wirklich alle Möglichkeiten ausschöpft, die wir in Graz haben und trotzdem die Menge zustande

bringt, die wir brauchen werden. Und da ist auch industrielle Abwärme weiterhin als ganz ein wichtiger Faktor drinnen, das heißt, wir werden eh in der Arbeitsgruppe auch vertreten sein, aber es wird ganz wichtig sein, hier wirklich zusammenzuspielen und nicht immer wieder durch irgendwelche Ideen, die so dahergetragen werden, sehr schnell zu sein, weil es gibt hier einiges zu prüfen und es gibt einige Ideen, an die man sich mit großer Vorsicht annähern sollte und das ist mir wichtig, dass diese Facharbeitsgruppe auch immer wieder über uns als Politik da herinnen informiert, was der Stand der Dinge ist, bevor wir da zu sehr in bestimmte Richtungen Hoffnungen wecken, die wir womöglich nicht erfüllen können. Insofern bin ich froh, dass jetzt in eine Richtung gegangen wird und ich hoffe, dass das auch so weitergegangen wird. Generell ist aber diese Sappi-Option eine, die eben genauso immer wieder hinausgetragen wurde und kurz vor der Wahl noch groß angekündigt und damit passiert eine Verunsicherung bei den Grazern und Grazerinnen, die jetzt eben auf Fernwärme umsteigen, das ist am ungesündesten für uns alle, weil man damit eigentlich ein Vertrauen in ein Produkt beschädigen, weil wir immer wieder sagen, und jetzt gehen wir auf die Geothermie und dann gehen wir auf die Müllverbrennung. Also bitte die Varianten zuerst am Tisch, überprüft und untersucht und dann aber wirklich den Informationsfluss immer wieder so seriös wie möglich auch in den Gemeinderat hereinzubringen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf vielleicht folgenden Vorschlag unterbreiten: Diese Arbeitsgruppe wird sich im Jänner konstituieren, diese Arbeitsgruppe wird von uns gebeten, dass sie uns in regelmäßigen Abständen die Zwischenstände, Zwischenergebnisse auch berichtet, das sollten wir dann tun in einem kombinierten Ausschuss, es muss wahrscheinlich auch der Zwischenstand nicht immer in den Gemeinderat kommen, aber da würde ich dann vorschlagen, dass es eine Kombination im Ausschuss gibt zwischen dem Beteiligungsausschuss, weil es ja doch

auch um Investitionen erheblichen Ausmaßes geht, und dem Bereich des Umweltausschusses und dann vielleicht gemeinsam einlädt und dass man schaut, dass im Abstand von drei bis vier Monaten immer wieder informiert wird aus der Gruppe. Beauftragt wird, wie gesagt, jener Mann, den wir eh gut kennen von Seiten der Grazer Energie Agentur, Herr Papousek wird, wenn ich so sagen darf, federführend das Ganze koordinieren und den werden wir einfach so einbinden, dass er in regelmäßigen Abständen uns die Informationen gibt, dann sind wir, glaube ich, alle gut informiert. Weil, wie gesagt, das wird eine Kraftanstrengung von allen drei Gebietskörperschaften mit den dazugehörigen Unternehmungen werden und ich bin schon auch bei Ihnen, ich wollte nur sagen, es gibt so viele Möglichkeiten, die da am Tisch liegen, zum Schluss wird es oder zumindest am Anfang wird es auf alle Fälle ein Bündel sein müssen, die Wärmemengen, die wir in Graz brauchen, bekommen wir auf die Schnelle sicher nicht hin, glaube ich, Herr Dr. Prutsch, ohne fossile Brennstoffe und wir wissen auch noch nicht, wie sich der Markt ändern wird. Wir haben im Aufsichtsrat der Energie Steiermark auch den Prof. Rose, den ich jetzt schon mehrfach hören durfte, den ich auch gebeten habe, uns da zu beraten. Es ist schon interessant, einen strategischen Chefberater eines Riesenkonzerns, der einmal in Graz geboren wurde, an der Montanuni studiert hatte und über die Bohrinseln dann bis zum Chefberater eines Ölkonzernes einen Aufstieg gemacht hat, der eben ausgestiegen ist und gesagt hat, ich möchte da mithelfen. Wer seine Vorträge kennt, der weiß auch, warum der Strompreis so dramatisch sich verändert hat, dass das mit der deutschen Energiepolitik zu tun hat. Es wird ein Riesenthema auf Europa zukommen, China hat diese Geschichte schon gelöst, da geht es um die Leitungsnetze, das was die Wien Energie im Norden Deutschlands in die Netze an Strom einspeisen kann, werden unsere europäischen Netze gar nicht schaffen. Die ersten Schätzungen, die es da gibt, gehen von 20 Billionen Euro für das europäische Stromnetz aus, also das ist eine Riesenherausforderung. Auch da wird die Frage zu stellen sein, zwischen den Notizen der Weltpresse hat man es schon einmal vernommen, sind denn die Energieunternehmen, die mit der Windkraft jetzt so

viel verdienen, auch dann bereit, bei den Leitungsnetzen ihren Anteil zu tragen oder wird da schon wieder etwas überwältigt und, und, und? Also das ist ein europaweites Thema, nicht nur die Kraftwerke des Verbundes haben im Moment ein Problem, Klammer auf (jetzt ohne Wasserkraft), sondern alle fossilbetriebenen Kraftwerksbetreiber in Europa haben ein Megaproblem und das wird uns die nächste Zeit beschäftigen. Uns aber im Besonderen, weil wir nach wie vor wollen, dass Menschen eine Sicherheit haben, wenn es um die Wärme geht und dass das auch möglichst nachhaltig sein soll. Also die Idee wäre zu sagen, heute nicht den Dringlichen jetzt durchpeitschen, sondern das ist, wenn ich so sagen darf, der Auftrag, dass diese Arbeitsgruppe regelmäßig unserem Ausschuss berichtet, wenn notwendig auch in den Gemeinderat dann Stücke einbringt (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass das Thema heiß ist, hat gezeigt, dass die ESTAG gestern um 16.34 Uhr eine OTS verschickt hat und zwar mit dem Titel „Energie Steiermark stellt Fernwärmeversorgung für Graz gemeinsam mit Partnern komplett neu auf“. Also ich glaube, ich habe schon sehr vieles erreicht, indem ich diesen dringlichen Antrag eingebracht habe, weil es gab wirklich viel Rätselraten, es gab verschiedene Arbeitsgruppen, eine Arbeitsgruppe, die sich bei Ihnen getroffen hat, dann eine Arbeitsgruppe, wo auch der Herr Dr. Prutsch eingebunden war, wo auch Vertreter von der ESTAG, von der Energie Graz waren, die haben bis jetzt noch nicht zusammengearbeitet. Es gab auf verschiedenen Ebenen bereits Gruppen, die gearbeitet haben und zumindest weiß der Gemeinderat jetzt, welche Arbeitsgruppen es gegeben hat beziehungsweise auch, wie das weitergehen soll in Zukunft. Für eines bewundere ich Sie wirklich, Herr Bürgermeister, für Ihr Vertrauen in Energieversorger. Ich habe mir da ein Zitat herausgesucht aus dem Jahr 2008 und möchte das kurz vorlesen und zwar geht es da um das Gas- und Dampfkraftwerk in

Mellach. Da steht, „die rund 550 Millionen teure Investition wird in Sachen Effizienz, Klimaschutz und Versorgungssicherheit höchsten Ansprüchen gerecht, so Verbundgeneraldirektor Dr. Michael Pistauer am 30. Juli 2008.“ Vor welcher Situation wir jetzt stehen, hat der Herr Bürgermeister gerade erzählt. Tatsache ist, dass für dieses Kraftwerk in Mellach auch öffentliche Förderungen geflossen sind, dass da 550 Millionen Euro verbaut wurden und ich habe den Eindruck, wenn ein Kraftwerk wirtschaftlich nicht funktioniert, dann bauen wir ein neues, das ist irgendwie die Botschaft, die da ankommt. Also mir ist ja ein hocheffizientes Gas- und Dampfkraftwerk in Mellach, aus dem wir Strom und Wärme bekommen, bedeutend lieber als das Steinkohlekraftwerk. Ich möchte vielleicht noch eines sagen zu der Aufbringung. Wir brauchen derzeit 1000 Kilowattstunden Strom pro Jahr und davon können wir, das sagen mir Experten, zirka 20% nachhaltig ökologisch aufbringen, zum Beispiel über die Geothermie-, Solar- oder Biomasse, für den Rest werden wir was brauchen. Und wir befürchten halt, dass das kein hocheffizientes Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerk ist, dass da vorgeschlagen wird und es macht uns ganz, ganz große Sorgen und ich finde, ein Gemeinderat, der in den letzten Jahren 7,4 Millionen Euro für den Fernwärmeausbau beschlossen hat, so ein Gemeinderat muss politische Verantwortung übernehmen und er hat auch ein Recht, laufend informiert zu werden und wenn Sie sagen, Sie werden dafür sorgen, dass wir laufend informiert werden über die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen, dann freue ich mich sehr und gehe davon aus, dass das Versprechen hält und bin damit zufrieden, dass wir das thematisiert haben und dass sehr viel Informationen, glaube ich, rübergebracht haben. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Herr Dr. Prutsch, der auch nominiert ist, wird das auch sicherlich mit Herrn Papousek so vorbereiten, dass wir dann in dem Ausschuss, in dem Sie ja sowieso auch dann federführend mit dabei sind, dass wir das regelmäßig auch



bekommen. Ich sage schon dazu, dass wir, alle die sich mit diesem Thema beschäftigen, sehr genau angesehen haben, wie sind denn die Entscheidungen gefallen in den letzten Jahren und war das vorhersehbar, was da jetzt auf dem europäischen Strommarkt passiert oder nicht? Im Moment gehen alle Experten davon aus, dass das, wenn ich so sagen darf, durchaus eine Überraschung war. Vielleicht gibt es dann aber dennoch einmal einen neuen Käufer auch für dieses tolle Kraftwerk, das da unten leider unbenutzt jetzt im Moment steht. Es wäre ökologisch ganz im Sinne dessen, was auch der Verbundgeneral gesagt hat interessant, wenn es doch laufen könnte. Dazu bräuchte man aber, wie gesagt, ganz, ganz andere Gaspreise. Dieser Streit um den Gaspreis ist noch immer nicht beigelegt, man muss wissen, dass die Energie Steiermark diese Langfristverträge bei Gericht bekämpft und es gibt auch bis heute noch keine Entscheidung. Vielleicht tut sich da was auf, dass auch eines Tages das russische Gas, das wir da beziehen, wieder einmal billiger wird. Also im Moment passt Angebot und Nachfrage in keinsten Weise zusammen. Vielleicht schaut das in zwei, drei Jahren doch wieder anders aus. Im Moment kann man es aber nicht empfehlen, das macht sicher Sinn, wenn wir uns da ausrichten. Gut, dann danke ich, damit kommen wir... damit ist der Antrag jetzt formell zurückgezogen, dass wir das auch hinkriegen.

Wieso dieser Pressebericht gestern gekommen ist, ist auch relativ klar, weil gestern Aufsichtsratssitzung des Verbundes war. Die Aufsichtsratssitzung der ESTAG war schon, gestern war Aufsichtsratssitzung des Verbundes und deswegen gab es erst nach der Aufsichtsratssitzung um 16.36 Uhr diese Aussendung.

## **6) Arbeitskreis „Bettelsituation in Graz“**

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda:** Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir haben es vorher eh gemerkt, dass Diskussionen kurzfristig einmal unsachlich werden können und ein bisschen emotional werden können, das kann passieren, das ist jetzt nicht so das Thema. Was man aber im letzten Monat gesehen hat ist, dass es eben auch teilweise unsachlich geführt wird die Diskussion rund um die Bettelsituation in Graz. Viele Initiativen und Gemeinschaften sich auch nachträglich, also im ganzen laufenden Monat geäußert haben zu dieser Problemstellung und diverse Vorschläge da gekommen sind, wo mir einfach wichtig ist, dass die noch berücksichtigt werden und dass die auch ein Gehör finden. Ich möchte direkt in den Antrag übergehen, in den Inhalt des Antrages, der im Endeffekt zwei Dinge hervorrufen soll: einerseits eine gute institutionelle überparteiliche Arbeitsgruppe, ich werde jetzt nicht alle Punkte einzeln vorlesen, aber eben mit MenschenrechtssprecherInnen vom Gemeinderat, Bürgerbeirat der Stadt Graz, Vinzenzgemeinschaft, Caritas und Grazer Menschenrechtsbeirat, die in dieser Arbeitsgruppe eben Möglichkeiten und Handlungsempfehlungen einfach ausarbeiten können und die dem Grazer Gemeinderat eben präsentieren, vorstellen, Bericht erstatten darüber, um auch langfristige oder nachhaltige Lösungsstrategien zu entwickeln.

Und der zweite Punkt ist einfach, ein persönliches Gespräch mit den betroffenen Menschen zu organisieren und wo ich auch im Vorhinein schon sagen kann, dass das Interesse besteht und dass das relativ einfach umsetzbar wäre, wenn man eigentlich mit sechs Sprechern, sage ich einmal, sechs Familiensprechern einen Großteil abdecken kann und auch seitens der umgekehrten Information das Interesse bestehen würde, in ein Gespräch einzutreten und einfach beide Seiten einmal darzustellen. Das heißt, die Wünsche und Problemstellungen auf der einen Seite der Bettler und die Wünsche und die Problemstellungen auf der anderen Seite der Grazerinnen und Grazer. Deswegen bitte ich um Annahme dieses dringlichen Antrages. Dankeschön.

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, lieber Philip! Wir haben sehr ausführlich in der letzten Sitzung diskutiert über lange Strecken sachlich, über kurze Strecken vielleicht nicht so sachlich. Ich möchte nur noch einmal wiederholen, was wir in der letzten Sitzung beschlossen haben, nämlich drei Punkte. Einmal dass geprüft werden soll seitens des Präsidialamtes, ob ein sektorales Betteln in Graz möglich wäre, einfach das Ganze ein bisschen zu regulieren, weil das ist einfach aus den Ufern getreten, das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, nach den jetzigen bereits bestehenden Gesetzen alles auszuschöpfen, dass die Kinderbettelei und das aggressive Betteln unterbunden wird und der dritte Punkt war, und da knüpfe ich jetzt bei deinem dringlichen Antrag an, dass eine Enquete vom Land Steiermark organisiert wird, dazu stehen wir, das wollen wir, das Land Steiermark ist hier gefordert und ich habe schon in der letzten Sitzung gesagt, es wird da auch Absprachen natürlich zwischen Stadt und Land geben, es wird da auch höchstwahrscheinlich eine Arbeitsgruppe vorgeschaltet werden, die einfach die Eckpunkte der Enquete vorbereiten wird, deswegen ist dein Antrag aus unserer Sicht nicht dringlich (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Aus Sicht der Grünen werden wir der Dringlichkeit zustimmen und ich möchte dazu gleich sagen, dass wir auch einen Abänderungsantrag einbringen möchten, der dahingehend lautet, wie Sie wissen, gibt es im Menschenrechtsbeirat eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Bettelsituation in Graz befasst. Kollege Hohensinner hat ja auch im letzten Antrag auf diese Arbeitsgruppe Bezug genommen, sie soll ja auch einbezogen werden und deswegen wäre der Abänderungsantrag in diese Richtung, dass der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz ersucht wird, die vorgeschlagene Arbeitsgruppe, also von der Piratenpartei vorgeschlagene Arbeitsgruppe, die sich mit der aktuellen Situation der BettlerInnen in Graz beschäftigt, zu koordinieren und dabei an bestehende Arbeitsgruppen

anzuknüpfen beziehungsweise diese entsprechend zu erweitern und in einem zweiten Punkt, und das ist uns über die Diskussionen der letzten Wochen sehr deutlich geworden und erscheint uns als sehr wichtig, zu dieser Arbeitsgruppe werden neben den genannten Institutionen auch VertreterInnen von bettelnden Menschen in Graz eingeladen. Es gibt in anderen Städten sehr gute Mediationsverfahren, wo auch Repräsentanz der Bettelnden möglich ist in den Diskussionen, also mit Unterstützung natürlich, aber es ist sehr wichtig nicht über sie alleine zu sprechen, sondern auch mit ihnen in ein Lösungsgeschehen zu gehen und sie dort repräsentierend für ihre Communities auftreten und sprechen zu lassen. Danke.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich hätte es verschmerzt, nicht mehr zu Wort zu kommen, weil das, was ich irgendwie hervorstreichen wollte, bezieht sich auf den Abänderungsantrag der Grünen und deren Vorschlag im Rahmen des Menschenrechtsbeirates die bestehende Arbeitsgruppe zum Thema Betteln als Ansatzpunkt für eine Vertiefung der Diskussionen, die man natürlich jetzt in unterschiedliche Richtungen schon gehört haben und nicht immer sachlich waren. Also wir würden als KPÖ der Dringlichkeit demnach zustimmen und auch dem Abänderungsantrag der Grünen, weil es aus unserer Sicht keinen Sinn macht, den Menschenrechtsbeirat unter vielen anderen Organisationen, wie das im Antrag der Piraten steht, nochmals extra zweigleisig auf einer anderen Ebene einzubeziehen, sondern Bestehendes sollte man nutzen und zu einer Versachlichung der Diskussion in diesem Punkt sollte man auch kommen, das ist unser Wunsch. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pacanda**: Man hat nicht immer alle Informationen, aber man kann bestehende nutzen. Deswegen würde ich dem Abänderungsantrag von den Grünen vollinhaltlich zustimmen, weil eigentlich alle Punkte, die wir drinnen haben wollten, inkludiert werden, also von dem her wäre es perfekt für uns. Ich finde schon, dass es dringlich ist, weil der große Unterschied einfach da dabei ist, dass das Gespräch auch noch da wäre und von beiden Seiten das Interesse da wäre, auch in ein Gespräch überzugehen. Dankeschön.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.***